

BEITRÄGE

ZUR

KENNTNISS UND BEFÖRDERUNG

DES

HANDELS

UND DER

SCHIFF - FAHRT.

III. Band. V. und VI. Heft.

MAINZ, 1823.

Gedruckt bei JOHANN WIRTH, Betzelsgasse, Lit. C. N. 128.

BEITRAEGE

ZUR

KENNTNISS UND BEFÖRDERUNG

DES

HANDELS

UND DER

SCHIFF-FAHRT.

III. Band. V. und VI. Heft.

MAINZ, 1823.

Gedruckt bei JOHANN WIRTH, Betzelsgasse, Lit. C. N. 128.

REITHRACE

ANALYSIS OF REITHRACE

HANDS

SCHIFF-FABRIK

.....

.....

.....

.....

.....

N.^{ro} VIII.

Königlich Preussischer Entwurf zum definitiven Reglement.

PREUSSEN. Ich beehre mich, meinen verehrten Herrn Collegén den vorlängst angekündigten Entwurf zu einem definitiven Reglement für die Rheinschiffahrt vorzulegen: Da diese Arbeit aber gleichzeitig direct von meinem allerhöchsten Hofe an die Regierungen der mitbetheiligten Uferstaaten nebst einer Note gesandt worden ist, worinn der Gesichtspunkt im Allgemeinen nochmals eröffnet wird, aus welchem diejenigen Bestimmungen der Rheinschiffahrts - Acte, welche besonders Gegenstand von Discussionen geworden sind, Preussischer Seits betrachtet werden; so bin ich beauftragt, für jetzt lediglich auf jene Note Bezug zu nehmen, und kann demnach auch bloss darauf antragen, dass meinen verehrten Herrn Collegén gefällig seyn möge, die heutige Mittheilung, bis nach allseitig eingelaufenen Instruktionen gefälligst nur als eine *Benachrichtigung* betrachten zu wollen.

Schlieslich habe ich zu bemerken, dass ich mir die Beibringung einer französischen Uebersetzung des Entwurfs noch vorbehalten muss, indem derselbe, wegen Kürze der Zeit, nur in deutscher Sprache vorgelegt werden kann.

Nachdem dieses Actenstück, dem Wunsche der Zentral-Commission gemäss, vorgelesen worden war, erklärten die Herrn Bevollmächtigten von Baden, Baiern, Frankreich, Hessen und Nassau, dass sie diese Mittheilung *ad referendum* nehmen, und die Instructionen der allerhöchsten und höchsten Höfe einholen werden.

PAYS-BAS. Mes instructions m'obligent, à ne pas m'écarter du traité de Vienne en général, ni in specie du mode d'activer le nouvel ordre des choses, tel qu'il est prescrit par les Art. 31 et 32.

Elles ne me permettent donc pas, ni d'abandonner l'exécution de l'art. 51, de laquelle on crut déjà pouvoir attendre la levée réelle des relâches forcées, et le dégrèvement du Bas-rhin, moyennant l'introduction parfaite de la perception partielle, d'une surcharge annuelle de plus minus 700,000 Francs, et moins encore, d'entrer en discussions, lorsqu'il s'agit de la confection du règlement définitif prescrit par l'art. 52, sur des prétentions soit directes ou indirectes à une navigation maritime ou autres, qui sont étrangères au dit traité, conclû sur la navigation fluviale *jusqu'à la mer*; prétentions, que la commission centrale par sa conclusion du 11. November 1817 a reconnues n'être pas du ressort de sa mission, comme ne tenant pas à l'exécution du traité de Vienne, et que la cour de Prusse elle même, qui les avait touchées, semblait avoir abandonnées dans son vote du 8. Sept. 1818, mais qui contre toute attente reparaissent dans le projet du règlement définitif que M.^r le commissaire de Prusse vient de nous communiquer. Je ne puis donc dans cet état des choses que me borner à prendre simplement la communication de M.^r le commissaire de Prusse *ad referendum*, et à attendre les ordres de mon gouvernement.

E N T W U R F

zum definitiven Reglement für die Rheinschiffahrt.

Nachdem durch die Wiener Congressacte vom 9. Juni 1815 und die derselben angehängten besondern Artikel vom 24. März desselben Jahres die Grundsätze ausgesprochen sind, nach welchen die Schiffahrt, sowohl auf den Strömen im Allgemeinen, wie insonderheit auf dem Rhein, geordnet werden soll, so haben die Staaten, deren Gebiet der Rhein in seinem schiffbaren Laufe trennt oder durchströmt, den Zusammentritt einer Commission in Mainz veranlasst, um in gemeinschaftlicher Uebereinkunft die für die Schiffahrt auf dem Rhein nöthigen Bestimmungen zu treffen, und dadurch die dem Verkehr zugesicherten Erleichterungen zur Wirklichkeit zu bringen.

Zu diesem Zwecke haben Sr. Majestät etc. etc. etc. zu bevollmächtigten Commissarien ernannt, welche nach Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

E r s t e r T i t e l.

Von der Schiffahrt auf dem Rhein im Allgemeinen.

§. 1.

In dem gegenwärtigen Vertrage ist unter dem Namen des Rheins alles Fahrwasser von Basel über Amsterdam, Rotterdam oder Dortrecht bis in die offene See, und umgekehrt aus der offenen See über

Amsterdam, Rotterdam oder Dortrecht nach Basel begriffen, und soll in dieser ganzen Ordnung die Benennung Rhein nur in diesem Sinne gebraucht werden.

§. 2.

Unter Vorbehalt der Maasregeln, welche die allgemeine Sicherheit erfordert, und unter Beobachtung der in dieser Ordnung enthaltenen Vorschriften, ist der Rhein als Handelsstrasse für alle Staaten und Nationen, so wie für alle Gattungen von Waaren, ohne Unterschied, auf und abwärts offen.

Unter dem obigen Vorbehalte der Maasregeln für die allgemeine Sicherheit werden ausdrücklich nur solche Vorsichtsmaasregeln verstanden, welche auf die Verhütung von Unglück oder Landes-Calamitäten durch Explosionen, Selbstentzündungen, ansteckende Krankheiten, so wie auf Anhaltung von Verbrechern Bezug haben.

§. 3.

Der Schiffer, welcher den Rhein befährt, darf nicht gezwungen werden, wider seinen Willen zu löschen, oder seine Ladung an Bord eines anderen Schiffes zu bringen. Daher sind alle Rechte, Privilegien und Gebräuche, die mit dieser Bestimmung direct oder indirect in Widerspruch stehen, und in den Häfen zu Mannheim, Mainz, Cöln, Nymwegen, Amsterdam, Rotterdam, Dortrecht oder sonst wo auf dem Rhein, entweder zum Vorthail einer Schiffergilde und um die unter ihnen hergebrachte Rangfahrt zu begünstigen, oder aus einem andern Grunde hergebracht waren, ein für allemal abgeschafft, und dürfen, unter welchem Namen es immer sey, nie wieder eingeführt werden.

Schiffer, die aus dem Neckar, dem Main, der Mosel, der Maas und der Schelde, als den durch Art. 110 der Wiener Congressacte und in den ihr unter N.^o XVI. angehängten Artikeln bezeichneten

Strömen, in den Rhein, und umgekehrt aus dem Rhein in jene Flüsse einlaufen, sind auf ihrer ganzen Fahrt, sowohl auf jenen Strömen, als auf dem Rhein, denselben Grundsätzen unterworfen.

Z w e i t e r T i t e l .

Von den Rheinschiffahrtsgefällen und den Mitteln sich von der gehörigen Entrichtung derselben zu versichern.

§. 4.

Wer auf dem Rhein Schiffahrt treibt, zahlt von Basel bis in die offene See, und umgekehrt aus der offenen See bis Basel:

- 1) eine Schiffsgebühr für jedes Schiff, dessen Ladungsfähigkeit auf fünfzig Zentner und höher steigt;
- 2) einen Zoll von der Ladung, nach ihrem Zentnergewicht

§. 5.

Zur Erhebung dieser Gefälle sind folgende Zollstellen bestimmt:

a) für die Fahrt abwärts.

Breisach, Strasburg, Germersheim, Mannheim, Mainz, Caub, Coblenz, Andernach, Linz, Cöln, Düsseldorf, Ruhrort, Wesel, Schenkenschanz, Nymwegen, Rossum, Gorcum, Arnheim, Wick, Schonhoven, Utrecht, Zütphen und Campen;

b) für die Fahrt aufwärts:

Amsterdam, Dordrecht, Rotterdam, Campen, Utrecht, Schonhoven, Wick, Arnheim, Gorcum, Rossum, Nymwegen, Emmerich, Wesel, Ruhrort, Düsseldorf, Cöln, Linz, Andernach, Coblenz, Caub, Mainz, Mannheim, Germersheim, Neuburg, Strasburg und Breisach.

§. 6.

An jeder hiernach zur Erhebung befugten Zollstelle, welcher ein Schiff vorbei oder von welcher es abfährt, ist die in dem Tarif unter

A. bestimmte Schiffsgebühr, so wie für den Zentner Ladung der in der Anlage *B.* für jede Zollstelle besonders ausgeworfene, nach den Entfernungen berechnete Zoll zu entrichten.

Sollte es sich zeigen, dass ausser den in den Zusätzen *A.* bis *D.* des Tarifs unter *B.* benannten Gegenständen, für welche ein ermässiger Zollsatz festgesetzt worden, mehrere Gegenstände diese Begünstigung erfordern, oder dass es zweckmässig sey, mit den unter den geringer verzollten Gegenständen bis jetzt angenommenen Zollsätzen eine Veränderung vorzunehmen, so wird die Zentral-Commission, bei ihren jährlichen Zusammenkünften, deshalb ihre Vorschläge machen, welche alsdann von den Staaten, die im Besitze der Hoheit über das Strombette des Rheins sind, geprüft, und insofern ihre Ansichten damit übereinstimmen, in einem Zusatze zu dem Tarif aufgenommen werden sollen.

§. 7.

Die Tarife werden in jeder Zollstelle öffentlich angeschlagen, und stehen jedem zur Einsicht offen.

§. 8.

Unter dem Zentner wird das französische Gewicht von fünfzig Kilogrammen verstanden. Die Erhebung der Rheinschiffahrtsgefälle soll nach diesem Gewichte und seinen Unterabtheilungen geschehen, und zu dem Ende auf allen Zollstellen richtiges französisches Gewicht vorhanden seyn.

§. 9.

Die Zahlung geschieht auf allen Zollstellen ohne Unterschied der Gebiete, wozu sie gehören, entweder in französischer Gold- oder Silbermünze, jedoch nur in 40-, 20-, 5-, 2-, 1-, oder in $\frac{1}{2}$ Frankenstücken nach dem Gesetze vom 7. Germinal an XI. (28. März 1803)

oder in der Landesmünze des Orts, wo sie zu leisten ist, nach der Wahl des Schiffers.

Das Verhältniss der inländischen Münze zum Franken wird von jedem Landesherrn für sein Gebiet gesetzlich festgestellt, die danach angefertigte Valuationstabelle wird an jeder Zollstelle in der Amtsstube offen ausgehängt, damit jeder Schiffer solche einsehen kann.

§. 10.

Der Schiffer muss den Rheinzoll auf jeder Zollseite, wo der Tarif B. die Zollerhebung im Voraus für eine folgende Flussstrecke bestimmt auch in dem Falle zahlen, wenn er seine Fahrt nicht bis zum Endpuncte dieser Strecke fortsetzen, oder auf dem Wege ganz oder zum Theil ausladen will.

§. 11.

Wer seine Ladung an einem Orte empfängt, wo keine Zollstelle ist, hat bis zur nächsten Zollstelle weder Rheinzoll noch Schiffsgebühr zu zahlen. Die Ausnahmen ergiebt der Tarif.

§. 12.

Die einzelnen Staaten des Rheins haben an den Rheinschiffahrts-gefällen folgende Antheile:

Die gesammte Einnahme an den Zollstellen

- a) Breisach, Strasburg und Neuburg wird zwischen Frankreich und Baden,
- b) in Germersheim und Mannheim zwischen Baiern und Baden gleichmässig vertheilt.
- c) Den in Mainz für die Strecke vom Einflusse der Nahe bis Mainz und umgekehrt erhobenen Zoll beziehen Hessen - Darmstadt und Nassau in gleicher Art.

Dagegen fällt die übrige Zoll-Einnahme daselbst ganz an

Hessen-Darmstadt. Die an dieser Stelle einkommende Schiffs-
gebühr wird so getheilt, dass von jeden zehn Francs, Hessen-
Darmstadt acht Francs und acht und sechzig Centimen, Nassau
einen Franc und zwei und dreissig Centimen erhalten.

Sämmtliche Gefälle

- d) von der Zollstelle Caub fallen an Preussen und Nassau zu gleichen Theilen;
- e) von Coblenz und allen Zollstellen auf preussischem Gebiete, ganz an Preussen;
- f) von Schenkenschanz und allen auf niederländischem Gebiete liegenden Zollstellen, ganz an die Niederlande.

§. 15.

Es soll einem Staate, der mehrere Zollstellen hat, auf derjenigen Strecke, wo er allein die Hoheit über das Strombette des Rheins ausübt, frei stehen, die bisherigen Rheinzollstellen im Innern aufzuheben, und den Rheinzoll, so wie die Schiffsgebühr, welche früher an den aufgehobenen Stellen erhoben worden, an seiner ersten Zollstelle zunächst der Grenzen zu erheben. Der Schiffer der nicht bloss durchfährt, sondern seine Ladung ganz oder theilweise innerhalb der bleibenden Zollstellen absetzt, soll aber an Rheinzoll und Schiffsgebühr an der ersten Rheinzollstelle des Staats mehr nicht von den Gütern, welche er auszuladen hat, entrichten, als er bei dem Fortbestehen der aufgehobenen Zollstellen davon bezahlt haben würde.

§. 14.

Ein Schiffer soll nicht eher eine Waare einladen, als bis er darüber einen Frachtbrief erhalten hat, woraus die Gattung, die Menge und der Empfänger der Waare ersichtlich ist.

Die Ladung ist er jedem Zollamte, welches er berührt, durch Vorlegung der Frachtbriefe und eines Manifestes, nachzuweisen verpflichtet.

Dieses soll nach anliegendem Schema gefertigt seyn und enthalten:

- 1° Namen und Wohnort des Schiffseigenthümers, und dessen, der das Schiff führt;
- 2° Namen des Schiffs, dessen Tragbarkeit und Flagge;
- 5° Einladeort und Bestimmungsort der Waaren;
- 4° Nummer der Frachtbriefe nach der Zahlfolge;
- 5° Namen der Versender und Empfänger;
- 6° Zeichen und Zahl der Colli oder Gebinde;
- 7° Benennung der Waaren;
- 8° Gewicht derselben;
- 9° Unterschrift des Schiffers mit Versicherung der Richtigkeit.

Es wird von dem Schiffer selbst, oder für ihn, von einem andern, der jedoch kein Rheinschiffahrts- oder Hafenbeamter seyn darf, gefertigt, und von dem Schiffer unterzeichnet.

Für den Inhalt des Manifestes bleibt der Schiffer verantwortlich, wenn er es schon nicht selbst abgefasst, sondern sich dazu fremder Hülfe bedient haben sollte.

§. 15.

An dem Orte der Einladung können die Beamten, welche dazu vom Staate bestellt seyn möchten, sich überzeugen, dass die Waaren nach Gattung und Menge mit dem Manifest übereinstimmen.

So weit ihrerseits eine Untersuchung Statt gefunden hat, attestiren sie das Manifest.

Wird einem Schiffer an einem Orte Ladung einzunehmen verstatet, an welchem die zu vorbemerakter Prüfung erforderlichen Anstalten nicht vorhanden sind, so kann der Schiffer an der nächsten Rheinzollstelle angehalten werden, die Ladung einer Untersuchung zu unterwerfen.

Die Rheinzollbeamten anderer Zollstellen haben überdiess die Befugniss, bei obwaltendem Verdachte, dass die Ladung nicht so

beschaffen sey, wie das Manifest es enthält, sich, soweit es nöthig ist, durch die Besichtigung von der Ladung Kenntniss zu verschaffen.

§. 16.

Der Führer eines Flosses ist gehalten, ein Manifest vorzulegen, worinn die Summe der Stämme und ihr cubischer Inhalt im Ganzen nach Cubicmetern angezeigt wird. Die Rheinzollbeamten controliren diese Angaben durch Vermessung des Flosses und des Losholzes.

§. 17.

Gesetzlich erhobene Rheinschiffahrtsgefälle werden in keinem Falle zurückgegeben, wenn auch der Schiffer bei Fortsetzung seiner Reise einen ausserordentlichen Verlust erlitten haben sollte.

§. 18.

Schiffe, welche bei einer Rheinzollstelle die Gefälle entrichtet, und von dort aus ihre Reise fortgesetzt haben, nachher aber durch Sturm, Eis oder andere Zufälle genöthigt worden sind, mit derselben Ladung an eben diese Zollstelle, oder dieselbe vorbei, noch weiter zurückzukehren, können nicht angehalten werden, auf derselben Stelle nochmals Zoll- und Schiffsgebühr zu zahlen.

§. 19.

Von Zahlung der auf die Rheinschiffahrt gelegten Abgaben findet eine Befreiung nicht Statt. Weder die Gegenstände der Ladung und deren Bestimmung, noch die Person des Eigenthümers begründet hier eine Ausnahme.

Jedem einzelnen Rheinstaate bleibt es indessen unbenommen, auf seinem ausschliesslichen Gebiete für sich allein, oder wenn ein benachbarter Staat an der Einnahme Theil nimmt, mit dessen Zustimmung, Befreiungen aller Art, nicht nur für gewisse Gegenstände ohne Unter-

schied der Personen durch allgemeine Verordnungen, sondern auch in einzelnen Fällen zum Vorthail einer bestimmten Person zu ertheilen.

§. 20.

Auf gleiche Weise kann von einzelnen Staaten an einzelnen Zollstellen der Tarif im Allgemeinen herabgesetzt, aber niemals, wäre es auch nur durch Nebenabgaben, z. B. durch Stempelgebühr u. s. w. erhöht werden.

Eben so wenig ist es gestattet, ohne Zustimmung aller Rheinstaaten die Zahl der Zollstellen zu vermehren, oder, den §. 13 erwähnten Fall ausgenommen, anderswohin zu verlegen.

§. 21.

Die Rheinschiffahrtsgefälle sollen weder ganz, noch theilweise verpachtet, sondern von jedem Rheinstaate für eigene Rechnung durch Beamte erhoben werden.

§. 22.

An Orten, wo eine Zollstelle ist, darf der Schiffer nicht ein- oder ausladen, bis er hierzu von den Rheinzollbeamten die Erlaubniss erhalten hat. Im Uebertretungsfalle, hat er den doppelten Betrag des Rheinzolles von den früher ein- oder ausgeladenen und ans Ufer gelegten, oder an Bord eines anderen Schiffes gebrachten Gütern zu zahlen, vorbehaltlich der übrigen Strafen, welche die Abgabengesetze des Landes, wo dieser Vorschrift zuwider gehandelt worden ist, gegen voreilige oder heimliche Ausladungen verhängt haben mögen.

Was an andern Orten bei dem Anlanden sowohl, als bei dem Ein- und Ausladen zu beachten ist, bestimmen die Abgabengesetze jedes Gebiets

D r i t t e r T i t e l .

Von der Anwendung der in jedem Uferstaate geltenden Abgabengesetze bei der Rheinschiffahrt.

§. 23.

Ein Schiff, das auf die vorgeschriebene Weise mit einem in gehöriger Form ausgestellten und beglaubigten Manifeste versehen ist, soll unter dem Vorwande, dass es nöthig sey, dessen Ladung zu untersuchen, wegen eines Abgaben-Interesse auf seiner Fahrt anderswo, als an einer Rheinzollstelle, nicht aufgehalten werden.

§. 24.

Auf dem Rheinstrome ist ohne Rücksicht auf das, was in einzelnen Staaten bei der Ein- und Ausfuhr zu Lande vorgeschrieben seyn mag, die Durchfuhr aller Waaren, ohne Ausnahme erlaubt, und nur den in der gegenwärtigen Verordnung festgestellten Abgaben unterworfen.

Die Abgabengesetze des Landes treten nur ein, wenn Waaren mit der Bestimmung ankommen, im Lande ausgeladen zu werden, wenn Waaren von dem Lande zu Schiffe gebracht, aus dem Schiffe ans Ufer gelegt, oder aus einem Schiffe in ein anders geladen werden.

In keinem Falle dürfen aber die Güter, welche auf dem Rhein eingeführt oder ausgeführt werden, mit einer grössern Ein- oder Ausfuhrabgabe belegt werden, als Güter derselben Gattung, die man zu Lande ein- oder ausführt.

§. 25.

Auf jedem Gebiete bestimmt die Regierung nach ihrem eigenen Gutfinden die Häfen oder Landungsplätze, wo es gestattet seyn soll einzuladen oder auszuladen.

Wird indessen der Schiffer durch Sturm, Frost oder andere Zufälle an der Fortsetzung seiner Reise verhindert, so ist ihm auch an andern Orten, wo ihm solcher Unfall begegnet, erlaubt, Schiff und Ladung unter der Aufsicht der Steuerbeamten, oder, wenn deren keine zugegen sind, unter der Aufsicht der Localobrigkeit in Sicherheit zu bringen. Nimmt er nachher die Güter wieder ein, um seine Reise fortzusetzen, so hat er davon keine Ein- oder Ausfuhrzölle, noch andere Abgaben zu entrichten.

Wer unter solchen Umständen an einem Orte landet, wo keine Steuerbeamten sind, muss der Ortsobrigkeit von seiner Ankunft unverzüglich Anzeige machen, und dafür sorgen, dass der Zufall, der ihn zum Landen, oder zugleich zum Ausladen bestimmt hat, glaubhaft festgestellt, und eine Verhandlung darüber aufgenommen werde.

Die Steuerbeamten, welche an dem zunächst gelegenen Orte desselben Gebiets angestellt sind, werden hiervon alsbald benachrichtigt, und diese können die Ladung unter Aufsicht nehmen.

Wird, um die Waaren keiner weitem Gefahr auszusetzen, das Schiff ausgeladen, so hat der Schiffer sich jeder gesetzlichen Maasregel zur Verhinderung, dass kein Theil seiner Ladung heimlich eingeführt werde, zu unterwerfen. Eigenmächtige Vorkehrungen, welche der Schiffer unternimmt, ohne die Steuerbeamten, oder in ihrer Abwesenheit, die Ortsobrigkeit vorher davon benachrichtigt, und ihre Dazwischenkunft abgewartet zu haben, sind nur dann zu entschuldigen, wenn der Schiffer beweiset, dass die Rettung des Schiffes oder der Ladung davon abhing.

§. 26.

Wenn ein Schiffer mit seiner Ladung in einen Theil des Rheins eintritt, in welchem die Hoheit über den Rheinstrom, folglich auch über beide Ufer, ungetheilt von einem Landesherrn ausgeübt wird, und ohne Ab- oder Zuladung durch dies Gebiet fahren will, bleibt es dem Ermessen der Landesbehörde überlassen, zur Verhinderung des

Schleichhandels, dem Schiffe Begleiter mitzugeben. Diese haben kein anderes Recht, als Schiff und Ladung zu diesem Zwecke zu bewahren. Von dem Schiffer soll dafür unter keinem Vorwande eine Vergütung gefordert werden, noch dürfen die Begleiter solche annehmen.

§. 27.

Hat ein Schiffer Waaren an Bord, welche in dem Lande, dessen Grenzen er auf der Fahrt berührt, ausgeladen werden sollen, so muss er, wenn es die Abgaben-Einrichtung des Landes mit sich führt, seine Ladung vollständig den Steuerbeamten an der ersten Rheinzollstelle dieses Landes anzeigen. Es kann die Revision der Ladung von ihnen veranlasst, und die Landesabgabe von den Waaren gefordert werden, welche ausgeladen und eingeführt werden sollen.

Dasselbe findet in dem Falle statt, wenn der Schiffer in einem Lande Waaren geladen hat, welche ausgeführt werden sollen. Die Anmeldung geschieht aber alsdann an der letzten Rheinzollstelle innerhalb der Landesgrenze bei den Steuerbeamten.

§. 28.

Wird ein Schiffer überwiesen, dass er Schleichhandel zu treiben versucht habe, so soll ihn die Freiheit der Rheinschiffahrt für seine Person und für die Waaren, die er unerlaubter Weise ein- oder ausführen wollte, gegen die Verfolgungen der Steuerbeamten nicht schützen. Die ausserdem in dem Schiffe befindlichen Waaren sollen jedoch wegen eines solchen Versuchs nicht in Beschlag genommen werden.

Wird bei den Rheinzollstellen an der Grenze eines Gebiets, wo nämlich das Schiff die Landesgrenze ein- oder ausgehend durchschneidet, befunden, dass dessen Ladung von dem Manifeste dergestalt abweicht, dass eine beabsichtigte oder erfolgte Bevortheilung der Landesabgaben daraus zu entnehmen ist; so kann der Schiffer auch dafür nach den Bestimmungen der Abgabengesetze des Landes in Anspruch genom-

men, und mit der Strafe belegt werden, welche diese wegen unrichtiger Declarationen verhängen.

§. 29.

Wie jeder andern Nation in den Niederlanden erlaubt ist aus der See in die dortigen Seehäfen einzulaufen, und aus diesen wiederum in See zu stechen, ohne für diese Erlaubniss den Ein- und Ausfuhr- oder Transitozoll von einer Ladung zu zahlen, die aus einem auswärtigen Hafen kommt, und nach einem andern auswärtigen Hafen bestimmt ist: so sind ebenfalls die Unterthanen der Rheinstaaten, wenn sie aus der See in den Rhein, oder aus dem Rhein in die See einlaufen wollen, weder von diesem Rechte ausgeschlossen, noch für das Einlaufen oder die Durchfuhr in einem niederländischen Seehafen einen solchen Zoll zu zahlen verbunden. Ihre Schiffe sollen im Gegentheil ebenso behandelt werden, wie die Schiffer aller andern Nationen, die, ohne ihre Ladung ans Land zu führen, in einem niederländischen Seehafen überwintern, oder aus sonst einer vorübergehenden Ursache auf kurze Zeit dort verweilen.

§. 30.

Die den Rhein hinab auf dem niederländischen Gebiete ankommenden Schiffe sind diesemnach nicht schuldig, in Amsterdam, Rotterdam, Dortrecht, oder anderswo auszuladen, sondern können ihre Reise bis in die offene See fortsetzen, oder in jeden auf dem Wege gelegenen Seehafen einlaufen, um von dort aus in die See zu stechen.

Ein gleiches gilt für die Schiffe der Rheinstaaten, welche zur See einlaufen um ihre Ladungen ganz oder zum Theil den Rhein hinauf zu führen.

In dem einen wie in dem andern Falle dürfen solche Schiffe in den Seehäfen nicht mit mehr Formalitäten und Kosten, als die Schiffe anderer Nationen belästigt werden. Sobald sie den Seehafen verlassen,

um stromaufwärts, Amsterdam, Rotterdam oder Dordrecht vorbei nach dem deutschen Rhein zu fahren, werden sie in allen Stücken nach Vorschrift der gegenwärtigen Ordnung behandelt.

V i e r t e r T i t e l.

Von der Berechtigung zur Rheinschiffahrt.

§. 31.

Schiffer und Schiffe, welche aus dem Rhein übers Meer fahren, müssen diejenigen Eigenschaften haben, welche erforderlich sind, in den europäischen Seehäfen zur Fahrt zugelassen zu werden. Zur Ausübung der blossen Rheinschiffahrt, werden nur erfahrene Schiffer zugelassen, welche sich über ihre, in diesem Stücke erworbenen Kenntnisse vorher ausgewiesen haben. Wer jedoch einmal zur Rheinschiffahrt berechtigt war, bedarf über seine Fähigkeit keiner weiteren Nachweisung.

§. 32.

Alle bis jetzt noch bestehenden Schiffergilden und Zünfte sind aufgelöst, ihre Schulden werden mit Einwirkung der landesherrlichen Behörden, unter welchen sie ihren Sitz haben, liquidirt, und von den lebenden Mitgliedern berichtet; was übrig bleibt, ist gemeinschaftliches Eigenthum dieser Mitglieder, welche darüber, insofern es nicht früher auf eine gültige Weise zu einem andern Zwecke bestimmt war, nach Willkühr verfügen.

§. 33.

Künftig wird die Ausübung der Rheinschiffahrt jedem gestattet, der von seiner Landesobrigkeit nach vorhergegangener Prüfung dazu die Erlaubniss erhalten hat. Jede Regierung wird die nöthigen Maasregeln ergreifen, um sich von der Fähigkeit derjenigen zu versichern, welchen

sie die Rheinschiffahrt vertraut. Das Patent, das hierüber dem Schiffer von seiner Landesobrigkeit durch die hierzu verordneten Behörden ausgefertigt wird, giebt ihm das Recht, von Basel bis in die See, und aus der See bis Basel, die Schiffahrt auszuüben. Unter der grossen, intermediären und kleinen Schiffahrt gilt deshalb kein rechtlicher Unterschied.

§. 34.

Die Zahl der Rheinschiffer ist unbestimmt, und insofern ihnen das Recht eingeräumt wird, auf den in den Rhein sich ergiessenden Nebenströmen, dem Neckar, dem Main, der Mosel, der Maas, ingleichen auf der Schelde die Schiffahrt auszuüben, sind auch die dortigen Schiffer auf dem Rhein zuzulassen. Sie beweisen alsdann nur, dass sie auf einem dieser Nebenströme zur Schiffahrt berechtigt sind.

§. 35.

Das Uebersetzen von Personen, Pferden, Wagen, Gepäck oder andern Gegenständen von einem Ufer an das gegenüber liegende, und was sonst zum gemeinen Verkehr auf den beiden Ufern gehört, hat mit dieser Schiffahrtsordnung nichts gemein.

Auch wird dieselbe überhaupt nicht angewendet, wo ein Schiffer seine Fahrt auf das eigene Gebiet seines Landesherrn beschränkt. Ein solcher steht allein unter der Obrigkeit des Landes, wo er sein Gewerbe treibt.

§. 36.

Der Staat allein, auf dessen Gebiete ein Schiffer wohnt, hat das Recht, das diesem einmal ertheilte Schiffer-Patent aus erheblichen Gründen wieder einzuziehen.

Diese Bestimmung schliesst aber das Recht anderer Rheinstaaten nicht aus, den Schiffer, der eines auf ihrem Gebiete begangenen Ver-

gehens oder Verbrechens beschuldigt wird, zur Verantwortung und Strafe zu ziehen, und, nach Beschaffenheit der Umstände, bei der Behörde seines Wohnorts zu veranlassen, dass sein Patent eingezogen werde.

F ü n f t e r T i t e l.

Von Frachten und Rangfahrten.

§. 37.

Die Frachtpreise und alle übrigen Bedingungen des Transports beruhen lediglich auf der freiwilligen Uebereinkunft des Schiffers und des Versenders oder dessen Committenten, und wie diese unter mehreren Schiffen ohne Rücksicht auf ihren Wohnort die Wahl haben, so bleibt es dem Schiffer freigestellt, eine ihm angebotene Ladung auszuschlagen, oder zu übernehmen.

§. 38.

Zwei oder mehrere Handelsstädte können gleichwohl mit einer beliebigen Anzahl Schiffer, die sie zu ihrem wechselseitigen Verkehr für nöthig erachten, Verträge auf eine bestimmte Zeit abschliessen, hierin die Frachtpreise, die Zeit der Abfahrt und Ankunft, und andere in ihrem Interesse liegenden, mit keinem gebietenden oder verbiethenden Gesetze in Widerspruch stehenden, Bedingungen feststellen, und also eine Rangfahrt einführen, welche dem Handelsstande billige Frachtpreise, und den Schiffen, so oft sie in einen Hafen einlaufen, eine baldige Rückfracht sichert.

§. 39.

In den Städten, wo eine Rangfahrt eingeführt wird, steht es jedoch jedem einzelnen Handelsmanne, so wie jedem Schiffer frei an dieser Vereinigung Antheil zu nehmen, oder seinen Beitritt zu versagen.

Handelsleute sowohl als Schiffer, welche der Vereinigung einmal beigetreten sind, können, nachdem sie drei Monat vorher aufgekündigt haben, mit dem Ablaufe des Kalender-Jahres wieder ausscheiden. So lange ein Handelsmann zu der Vereinigung gehört, bleibt er verbunden, die Rangordnung zu beobachten, und darf, dem Vertrage zuwider, seine Waaren weder unter seinem eigenen, noch unter einem fremden, zu dem Ende entlehnten Namen, in ein anderes Schiff, verladen.

§. 40.

Da Verträge über die Errichtung einer Rangfahrt, gleich jedem unter Privatpersonen abgeschlossenen Befrachtungsvertrage, nur diejenigen verbinden, welche darinn eingewilligt haben, und wenn sie Bedingungen enthalten sollten, welche mit einem gebietenden oder verbietenden Gesetze im Widerspruch stehen, oder die Rechte anderer Personen verletzen, ohnehin ungültig seyn würden: so bedürfen sie keiner andern Bestätigung, als der, welche überhaupt bei Verträgen dieser Art nach den gemeinen Rechten des Orts, wo sie geschlossen sind, dazu erforderlich ist. Die Central-Commission so wenig, als der Oberaufseher der Rheinschiffahrt, sind berechtigt, zu fordern, dass solche Verträge nur durch sie vermittelt, oder die Frachtpreise nur mit ihrer Bewilligung bestimmt werden.

§. 41.

Einigen sich zwei Regierungen darüber, dass an bestimmten Tagen und Stunden ein Schiff von einem Orte abfahren soll, um Reisende, ihr Gepäck, ihre Wagen oder auch Waaren an einen andern Ort zu führen, so hat dieses Schiff gleiche Rechte mit den übrigen, welche den Strom befahren.

Die Central-Commission und der Oberaufseher der Rheinschiffahrt haben gleichfalls über solche Schiffe keine besondere Aufsicht, am

wenigsten haben sie darüber etwas zu bestimmen, ob und wo solche Anstalten errichtet, wie sie befördert, und welche besondere Vorschriften deshalb erlassen werden sollen.

S e c h s t e r T i t e l.

Von den polizeilichen Vorschriften zur Sicherheit der Rheinschiffahrt und des Handels.

§. 42.

Wer Güter für fremde Rechnung auf dem Rheinstrome zu versenden hat, ist berechtigt, von dem Schiffer zu fordern, dass er vorher sein Schiff untersuchen, und über die Tauglichkeit desselben zu der bevorstehenden Reise, über das hierzu erforderliche und wirklich vorräthige Geräth, über die Angemessenheit seiner Einrichtung zur Aufbewahrung der einzunehmenden Güter, und über die Schiffsmannschaft ein Zeugniß von vereidigten Sachverständigen sich ausfertigen lasse.

Unterläßt er diese Vorsicht, und die Waaren gehen auf der Reise, wegen Untauglichkeit des Schiffes, zu Grunde, oder werden aus dieser Ursache beschädigt, so haftet dafür der Absender mit Vorbehalt seines Regresses wider den Schiffer.

§. 43.

Welche Eigenschaften zur Tauglichkeit eines Stromfahrzeuges gehören, wird nach dem Bedürfnisse jedes Orts mit landesherrlicher Genehmigung festgestellt.

Es soll aber von fremden Schiffen hierin nicht ein Anderes oder mehr, als von eigenen, gefordert werden können.

§. 44.

Jeder Staat bestimmt die Maasregeln, die er in seinen Häfen und auf den Landungsplätzen zur Erleichterung des Handels, zur Beför-

derung der Schifffahrt und Beschleunigung der Versendungen, zur Handhabung einer guten Ordnung bei dem Ein- und Ausladen, zur Sicherheit der ans Ufer gelegten Waaren, und Erhaltung derjenigen, welche man aufzunehmen sich weigert, und worüber Streit entsteht, und überhaupt zum Besten des Handelstandes und der Schiffer für dienlich erachtet.

§. 45.

Der Schiffer haftet für die Güter, die er zu laden übernommen hat, von dem Augenblicke an, da sie ans Ufer gestellt, und ihm zum Empfang überwiesen werden.

Haben die Waaren, erweislich durch Schuld der Beamten, gelitten, so ist die ihnen zunächst vorgesetzte Behörde den Ersatz zu leisten verpflichtet, welcher durch den Regress an die Beamten nicht aufgehalten werden darf.

§. 46.

Während der Fahrt darf der Schiffsführer seine Ladung nicht verlassen, widrigenfalls wird auf dessen Gefahr und Kosten, wenn auch kein Schaden hieraus entstanden seyn sollte, wofür er auf jeden Fall verantwortlich bleibt, das Schiff von den Rheinzollbeamten einem Setzschiffer anvertraut.

Es versteht sich von selbst, dass diese Verfügung nicht Statt hat, wenn der Schiffer nur augenblicklich sein Fahrzeug verlässt und einstweilen den Seinigen anvertraut, um den Zoll zu berichtigen, sich mit Lebensmitteln zu versehen, u. s. w.

§. 47.

Allenthalben, wo wegen der Eigenschaft des Fahrwassers, nach den bestehenden Vorschriften oder der Observanz, die Lootsen oder die Steuerleute wechseln, ist der Schiffer verbunden, einen andern

Lootsen oder Steuermann an Bord zu nehmen, und soll, wenn er dieses versäumt von den Rhein - Aufsichtsbeamten dazu angehalten werden.

Unter mehreren zugleich anwesenden Lootsen oder Steuerleuten bleibt dem Schiffer die Wahl.

§. 48.

Flussfahrzeuge, welche wegen ihrer geringen Einsenkung das Fahrwasser nicht einzuhalten brauchen, als Nachen unter dreihundert Centner Ladungsfähigkeit, Marktschiffe, u. s. w. sind von der im vorigen §. ausgedrückten Regel ausgenommen.

§. 49.

Was den Dienst der Lootsen und Steuerleute betrifft, so hat es bei den in jedem Staate gegebenen oder zu gebenden Bestimmungen, und in Ansehung der Gebühren, welche sie zu fordern berechtigt sind, bei der gegebenen oder zu gebenden Taxordnung mit der Maasgabe sein Bewenden, dass dem fremden Schiffer keine andere Verpflichtungen, als dem einheimischen auferlegt werden.

§. 50.

Wer mehrere beladene Fahrzeuge führt, darf in keinem Falle, gleichviel ob er den Strom auf- oder abwärts fährt, eins dieser Fahrzeuge an das andere anhängen.

Auch ein leeres Fahrzeug, das über dreihundert Centner Ladungsfähigkeit hat, darf einem beladenen Schiffe nicht angehängt werden. Tritt die Nothwendigkeit ein, das Schiff zu lichten, so sollen die Lichter abgesondert geführt, und wenn sie stromaufwärts gehen, abgesondert bespannt werden.

§. 51.

Mit einer Oberlast auf dem Rhein zu fahren, ist verboten. Während der Reise dürfen gleichfalls keine Waaren über Bord aus einem Schiffe ins andere geladen werden, nur die Fälle ausgenommen, wo das Wasser zu niedrig, wenn das Schiff beschädigt ist, oder sonst eine Gefahr eintritt, welche den Schiffer nöthigt, ohne Aufschub zu lichten.

§. 52.

Uebertretungen der in den §§. 50 und 51 enthaltenen Vorschriften, werden von der Regierung des Orts, wo sie zuerst entdeckt wurden, mit einer Geldbusse von einhundert bis dreihundert Franken belegt. Sind andere Nachtheile entstanden, welche der Schiffer durch Nichtbefolgung der Vorschriften verschuldet, so bleibt er auch dafür verhaftet.

§. 53.

Schiesspulver soll mit besonderen Fahrzeugen geführt, und niemals unter andern Gütern verladen werden. Schiffe, die damit beladen sind, bleiben, so viel es sich thun lässt, von dem Ufer entfernt, und wenn sie, entweder um ausgeladen zu werden, oder weil sie aus einer andern Ursache die Reise nicht gleich fortsetzen können, vor Anker liegen, wird die Polizeibehörde des zunächst gelegenen Orts davon benachrichtigt.

Diese bestimmt, was die öffentliche Sicherheit etwa noch weiter erheischen mag, und der Schiffer hat die ihm gegebene Vorschrift zu befolgen, alles bei der im §. 52 ausgedruckten Strafe, worauf von der Regierung wider die Uebertreter erkannt wird.

§. 54.

Die Flossen sind schuldig, einen Nachen vorauszuschicken, um die auf dem Strome oder in dem Hafen befindlichen Schiffe, die Mühlen und Brücken zu warnen, damit jeder auf seiner Hut sei, und bei

Zeiten die erforderlichen Maasregeln zu seiner Sicherheit ergreifen könne.

Dieser Nachen soll dem Flosse wenigstens eine Stunde vorhergehen, und damit er auch schon von weitem bemerkt werde, zum Zeichen seiner Bestimmung, eine aus sechzehn roth und schwarz abwechselnden Feldern bestehende Flagge aufstecken.

Die Befolgung dieser Vorschrift allein soll gleichwohl den Flösser niemals entschuldigen, wenn er übrigens nicht alle mögliche Sorgfalt angewendet hat, um Unglück zu verhüten, wenn er nicht mit den nach der Grösse seines Flosses erforderlichen Geräthschaften versehen war, in der Bauart gefehlt, oder sonst etwas gethan oder unterlassen hat, was ihn nach den allgemeinen Grundsätzen des Rechts verpflichtet, den durch das Vorbeifahren seines Flosses verursachten Schaden zu ersetzen.

§. 55.

Die Rheinstaaten machen sich anheischig, eine besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, dass auf ihrem Gebiete der Leinpfad überall in guten Stand gesetzt, darin erhalten, und so oft es nöthig seyn wird, ohne einigen Aufschub, auf Kosten desjenigen, den es angeht, wieder hergestellt werde, damit in dieser Beziehung der Schifffahrt nie einiges Hinderniss im Wege steht.

Sie verbinden sich ebenfalls, jeder in den Grenzen seines Gebiets, alle in dem Rheinstrome selbst entstehenden Hindernisse der Schifffahrt ohne allen Verzug auf ihre Kosten wegräumen zu lassen.

§. 56.

Um den Leinpfad und die daran stossenden Gebäude oder andere Anlagen zu schonen, sollen bei dem Heraufziehen der Schiffe niemals mehr als drei Pferde auf einem Stichseile gehen. Die Uebertreter dieses Verbots können von der Ortsbehörde mit einer Polizeistrafe belegt werden.

§. 57.

Wo Werften, Bohlwerke, Krahnen, Waagen, Magazine und Sicherheitshäfen auf Kosten des Staats, in dessen Gebiete der Ort gelegen ist, oder auf Kosten einer Stadt errichtet sind, ist nur derjenige, der sie wirklich gebraucht, zu den Unterhaltungskosten beizutragen verpflichtet.

Alle dieser Bestimmung zuwider laufenden Gewohnheiten sind hiermit abgeschafft.

Ein Schiffer, der am Ufer anlegt, und Waaren aussetzt oder einladet ohne solche Anstalten zu benutzen, und ohne die gewöhnliche Uferbenutzung zu behindern, ist nicht verpflichtet, dafür eine Gebühr zu bezahlen.

Die Gebühr für die Benutzung der genannten Anstalten bestimmt der Landesherr, jedoch so, dass darin der Ausländer dem Inländer völlig gleich behandelt wird.

Siebenter Titel.

Von Defraudationen der Gefälle.

§. 58.

Defraudationen der Rheinschiffahrtsgefälle werden mit einer Geldbusse bestraft, welche dem vierfachen Werthe der nicht gezahlten Gefälle gleich kommt. Die Gefälle selbst sind hierbei allemal besonders nachzuzahlen.

Bei der Bestimmung der Geldstrafen nimmt man den ganzen Betrag der Gefälle zum Grunde, welche der Schiffer an der Zollstelle, wo der Betrug entdeckt wird, zu unterschlagen versucht hat, und die an allen übrigen, auf demselben Gebiete gelegenen Zollstellen wirklich unterschlagen worden sind.

Entdeckt sich bei der Untersuchung, dass auch ein anderer Rhein-
staaf oder mehrere, von dem Schiffer an ihren Rechten verkürzt

worden sind, so wird das aufgenommene Protocoll den betheiligten Zollämtern in beglaubter Form zur Wahrnehmung ihres Interesse mitgetheilt. Der Schiffer wird jedoch aus diesem Grunde an der Fortsetzung seiner Fahrt nicht gehindert.

§. 59.

Dem Schiffer ist an jeder Zollstelle über die dort geschehene Zahlung eine Quittung auszufertigen. Er kann auch an jeder Zollstelle angehalten werden, durch Quittungen zu beweisen, dass er überall, wo er schuldig war, den Rheinzoll und die Schiffsgebühr gezahlt habe.

Wer eine oder mehrere dieser Quittungen nicht beibringen kann, wird bis zum Beweise des Gegentheils, als Defraudant angesehen, und hat einstweilen die verwirkte Strafe zu erlegen.

§. 60.

Wer bei einem Zollamte vorbeifährt, ohne zur Entrichtung der Gefälle sich angemeldet zu haben, verfällt in die oben §. 58 festgesetzte Strafe, es sei denn, dass er, um das Schiff, die Ladung, oder die Schiffsmannschaft zu retten, durch einen unausweichlichen und klar zu erkennenden Nothfall dazu gezwungen gewesen. Unter solchen Umständen ist es genug, wenn er bei dem Rheinzollamte sich anmeldet, sobald das Schiff, die Güter und die Mannschaft in Sicherheit gebracht sind.

§. 61.

Ergiebt sich bei dem Ausladen des Schiffes, oder beim abwiegen der ausgeladenen Güter, dass die Anzahl der auf dem Schiffe befindlichen Colli, deren Bezeichnung, oder die Gattung der Waaren von der im Manifeste angegebenen verschieden ist, so wird vor allem untersucht, wovon der Unterschied herrühre.

§. 62.

Sind in dem Manifeste ganze Ladungsartikel oder Colli ausgelassen, so hat der Schiffer die im §. 58 bestimmte Geldstrafe, nach Verhältniss der Gefälle verwirkt, welche von den im Manifeste verschwiegenen Ladungsartikeln hätten gezahlt werden müssen.

§. 63.

Ist das Gewicht in dem Manifeste unrichtig ausgedrückt, und die Verschiedenheit ist von der Art, dass man sie nicht als die Folge eines blossen Zufalls ansehen kann, so zahlt der Schiffer die Geldstrafe nach Verhältniss des Mehrgewichts.

§. 64.

Ist anstatt einer Waare, wovon der ganze Zoll oder ein grösserer Theil desselben gezahlt werden muss, in dem Manifeste eine andere angegeben, die einem kleineren Theil des Zolls unterliegt, so wird die Geldstrafe nach dem wahren Ertrage der unrichtig angegebenen Artikel berechnet.

§. 65.

Der Schiffer haftet in jedem Falle für die Strafe, ihm bleibt indessen der Regress wider diejenigen vorbehalten, welche durch unrichtige Angaben ihn in Irrthum geführt und zu Schaden gebracht haben.

§. 66.

In Beziehung auf die Strafen, welchen der Schiffer bei den Ein- und Ausfuhrzöllen zu Lande, durch unrichtige Erklärungen und andere Contraventionen sich aussetzt, wird auf den dritten Titel verwiesen, und soll durch die gegenwärtige Verordnung den in jedem Rheinstate geltenden Gesetzen kein Eintrag geschehen.

Achter Titel.

Von den Gerichten in streitigen Rheinschiffahrts-Angelegenheiten.

§. 67.

Ehe die gegenwärtige Verordnung in volle Kraft tritt, soll ein in dem Gemeindebezirke, worinn das Rheinzollamt sich befindet, wohnender, auch ausserdem einem richterlichen Amte vorstehender Beamte ernannt werden zur summarischer Behandlung und Entscheidung:

- a) aller Contraventionen gegen die Bestimmungen der Schiffahrts-Ordnung und der hierdurch verwirkten Strafen, insofern der Schiffer sich denselben nicht freiwillig unterwirft.
- b) aller Streitigkeiten wegen Zahlung der Rheinschiffahrts-, Krahnen-, Waage-, Hafen-, und Werft-Gebühren, und wegen ihres Betrages;
- c) der von Privatpersonen unternommenen Hemmung des Leinpfades;
- d) der den Eigenthümern der Zugpferde bei dem Heraufziehen der Schiffe zur Last gelegten Beschädigungen an Grundeigenthum, so wie über jeden Schaden, den Schiffer oder Flösser während der Fahrt, oder beim Anlanden, durch ihre Fahrlässigkeit andern verursacht haben sollen.

Name und Wohnort des Zollrichters soll im Zollamte angeschlagen werden.

§. 68.

Die Richter erhalten ihre Besoldung von dem Staate, der sie anstellt, und werden bei dem Antritt ihres Amtes nicht nur im Allgemeinen darauf verpflichtet, dass sie jedem ohne Unterschied der Person schleunige und unpartheiische Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen, sondern versprechen zugleich, in allen durch die gegenwärtige Verordnung entschiedenen Fällen die darin enthaltenen Bestimmungen zur Richtschnur zu nehmen.

Das Protocoll über die Verpflichtung des hierbei angestellten, oder in der Folge dort eintretenden Personals, wird von den Richtern selbst dem Oberaufseher der Rheinschiffahrt zur Nachricht eingesendet, und von diesem der Central-Commission bei ihrer nächsten Zusammenkunft vorgelegt.

§. 69.

Streitigkeiten, welche über die oben erwähnten Gegenstände an der Zollstelle selbst entstehen, gehören ausschliesslich zur Competenz des nach §. 67 daselbst angestellten Rheinzollrichters.

Wird an einer Rheinzollstelle über Defraudation der Rheinschiffahrtsgefälle geklagt, so untersucht der Richter nicht blos den Betrug, den der Schiffer an der Zollstelle selbst begangen haben soll, wo er zuerst beschuldigt wird, sondern auch die übrigen auf derselben Fahrt, an den vorherigen, von ihm schon zurückgelegten Zollstellen desselben Gebiets begangenen Defraudationen, und bringt auch diese bei der Bestimmung der Strafe in Anschlag.

Klagen wider Privatpersonen über Hemmung des Leinpfades, oder über Beschädigung an Grundeigenthum, sind bei dem zunächst wohnenden Zollrichter des Gebiets, wo sich der Vorfall ereignet hat, anzubringen.

§. 70.

Der Zollrichter untersucht die bei ihm angebrachten Streitsachen summarisch. Klage, Antwort und alle weitem Ausführungen der Parteien werden mündlich angebracht, und zu Protocoll genommen, worauf nach Verschiedenheit der Umstände, entweder noch Beweis aufgenommen, Besichtigungen etc. etc. gehalten, oder sogleich das Endurtheil erlassen wird.

In allen Fällen werden dem Urtheile, es sey definitiv oder nicht, die Thatumstände, welche den Streit veranlasst haben, die Fragen,

worauf es nach den beiderseitigen Verhandlungen in der Sache ankam, und die Entscheidungsgründe eingerückt.

Für die Untersuchung können keine Gerichtskosten, sondern blos Ausfertigungsgebühren, Porto etc. etc. nach der für andere Streitsachen eingeführten Taxordnung erhoben werden.

§. 71.

Die Urtheile der Rheinzollrichter werden unter der Autorität des Landesherrn erlassen, von dem sie bestellt sind; sie sind gleichwohl, sobald sie rechtskräftig geworden, auch auf dem Gebiete jedes andern Rheinstaats ohne weitere Untersuchung vollstreckbar.

§. 72.

Hatte die Klage einen Werth von mehr als fünfzig Francs zum Gegenstande, so bleibt es dem unterliegenden Theile unbenommen, wider das Urtheil der ersten Instanz die Berufung einzulegen. Er hat deshalb nach dem 9. Artikel des Wiener Vertrages vom 24. März 1815, zwar unter der Zentral-Commission und der höhern Instanz des Landes, wo das Urtheil ergangen ist, die Wahl. Da jedoch die Zentral-Commission sich nur einmal im Jahre versammelt, und Gegenstände von mehrerer Wichtigkeit zu verhandeln hat, mithin solche Appellationssachen unmöglich sobald entscheiden kann, als es in diesen Sachen erforderlich ist: so wird in dem Falle, da der Appellant seinen Recurs an die Zentral-Commission nimmt, das Urtheil der ersten Instanz auf Anstehen des obsiegenden Theils, auch ohne vorhergegangene Sicherheitsleistung, vollstreckt.

§. 73.

In jedem Rheinstaate bestimmt der Landesherr ein für allemal das Gericht, bei welchem die Appellationen gegen die in diesem Gebiete von den Zollrichtern in erster Instanz gesprochenen Urtheile angebracht werden können.

§. 74.

Wird die Appellation bei diesem Gerichte eingelegt so hat der Appellant die dort hergebrachten Formen zu beobachten.

Ist es dagegen Absicht, die Berufung bei der Zentral-Commission einzulegen, so wird der Act, wodurch die Appellation eingelegt wird, in den nächsten zehn Tagen, von der Insinuation des Urtheils anzurechnen, dem Gerichte, welches entschieden hat, in der Person des Gerichtsschreibers, und dem obsiegenden Theile an dem in der ersten Instanz dort erwählten Domicil, oder in dessen Ermangelung gleichfalls auf der Gerichtsschreiberei, durch einen Notar oder Gerichtsvollzieher zugestellt.

Dieser Act enthält eine summarische Anzeige der Beschwerden des Appellanten, nebst der Erklärung, dass die Appellation bei der Zentral-Commission fortgesetzt werden solle.

Der Appellant übergibt zugleich in den nächsten vier Wochen nach der geschehenen Insinuation des Appellationsacts eine schriftliche Ausführung seiner Beschwerden bei dem Richter, der in der ersten Instanz erkannt hat. Der Appellant antwortet darauf in der ihm vorzubestimmenden Frist, und die Verhandlungen werden darauf mit den vorherigen Acten dem Oberaufseher der Rheinschiffahrt eingeschickt, der sie der Zentral-Commission bei ihrer nächsten Zusammenkunft zur Bescheidung vorlegt.

Werden die in dem gegenwärtigen §. dem Appellanten vorgeschriebenen Formen nicht beobachtet, so wird die Appellation als aufgegeben und nichtig angesehen.

N e u n t e r T i t e l.

Von den Amtsbefugnissen und Pflichten der Zentral-Commission, des Oberaufsehers, und anderer bei der Rheinschiffahrt angestellten Beamten und deren Besoldung.

§. 75.

Zur Vollziehung der gegenwärtigen Ordnung concurriren, jeder in dem ihm angewiesenen Wirkungskreise:

- 1) die Zentral-Commission,
- 2) der Oberaufseher der Rheinschiffahrt,
- 3) vier Aufseher, und
- 4) die auf den einzelnen Zollstellen oder an andern Landungsplätzen angestellten Zolleinnehmer mit andern Beamten.

§. 76.

Von jedem Rheinstaate wird jährlich ein Bevollmächtigter nach Mainz abgeordnet. Diese Bevollmächtigten haben den Auftrag, gemeinschaftlich über die allgemeinen Angelegenheiten der Rheinschiffahrt, über die Mittel, sie in Aufnahme zu bringen, und über alles, was den ausländischen sowohl als den inländischen Handel auf dem Rheinstrome betrifft, zu berathschlagen.

Sie vereinigen sich jedes Jahr am 1ten November in Mainz, und müssen ihre Geschäfte innerhalb eines Monats beendigen. Sind dieser Geschäfte zu viel, als dass sie in einem Monat beendigt werden könnten, so versammeln sie sich nochmals im nächsten Frühjahr auf einen Monat.

§. 77.

Die Vereinigung dieser Abgeordneten bildet nach dem 10. Artikel des Wiener Vertrages vom 24. März 1815 die Zentral-Commission. Das Loos bestimmt für die Dauer jeder Sitzung, wer bei derselben das

Präsidium führen, die vorliegenden Gegenstände zum Vortrag bringen, die dazu erforderlichen Vorarbeiten unter die Mitglieder vertheilen, und den Geschäftsgang leiten soll.

Ein anderes Mitglied übernimmt die Geschäfte des Secretariats, führt in den Sitzungen die Feder, und besorgt durch die von der Zentral-Commission dazu bestimmten Schreiber die Ausfertigung aller Beschlüsse.

§. 78.

Die Commission ernennt, ehe für diessmal die in Mainz versammelten Commissarien sich trennen, den Oberaufseher der Rheinschiffahrt, und übergiebt demselben die Aufbewahrung ihres Archivs. Dieser Beamte ist, gleich den übrigen Aufsehern, ihr in seinen Amtsverrichtungen untergeordnet.

§. 79.

In der Folge besteht ihre Beschäftigung vorzüglich darin, dass sie über die Art, wie die gegenwärtige Verordnung bis dahin befolgt worden, Erkundigungen einzieht; bei ihren allerhöchsten und höchsten Committenten, in so weit es nöthig oder nützlich seyn mag, neue Verordnungen in Vorschlag bringt; den betreffenden Behörden die Beschleunigung der Arbeiten empfiehlt, die im Flussbette, zur Beschützung des Ufers, oder an dem Leinpfade entweder dringend nöthig sind, oder doch zur Beförderung der Schifffahrt mit Vortheil vorgenommen werden können; und dass sie den im 16. Artikel des Wiener Vertrags ihr vorgeschriebenen Bericht über den Zustand der Rheinschifffahrt, ihre Fortschritte oder ihre Abnahme, und über die für rathsam erachteten Veränderungen entwirft. Endlich entscheidet sie in der zweiten und letzten Instanz die bei ihr eingeführten Prozesse.

§. 80.

Alle Beschlüsse der Zentral-Commission werden, in so weit es hierbei nicht auf die Rechte einzelner Staaten ankommt, in der Regel nach der absoluten Mehrheit der Stimmen abgefasst.

Ueber den Sinn und die Auslegung des Wiener Vertrags oder einer andern Verfügung, die nur durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu Stande gekommen ist, kann die Mehrheit ihre Ansichten und Meinungen der mindern Zahl oder auch einem einzelnen Staate nicht aufdringen, auch nicht in ihrem Namen Gesetze oder allgemeine Verordnungen erlassen, und eben so wenig einem Rheinstaaate neue Verbindlichkeiten auferlegen, die dieser nie übernommen zu haben behauptet.

§. 81.

Die Zentral-Commission ernennt den Ober-Aufseher auf Lebenszeit. Bei dieser Ernennung haben, nach Vorschrift des 15. Artikels des Wiener Vertrags, von überhaupt zwey und siebenzig Stimmen, der preussische Commissär vier und zwanzig, der französische zwölf, eben so viel der niederländische Commissär, und die Commissarien der übrigen deutschen Fürsten vier und zwanzig Stimmen, welche letztere sich nach Verhältniss der Uferstrecken mit eilf Stimmen für den badenschen, sechs für den hessen-darmstädtischen, vier für den baierischen und drei für den nassauischen Commissär vertheilen.

§. 82.

Der jährliche Bedarf der Zentral-Commission zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Kosten wird allemal zum Voraus bei der Zusammenkunft vom 1. November für das folgende Jahr bestimmt.

Zu den gemeinschaftlichen Kosten werden nur die Besoldung des Oberaufsehers, dessen etwanige Pension und die Kanzleikosten gerechnet.

Ihre Vertheilung geschieht in der Art, dass zu jedem tausend Francs

Frankreich ein hundert und zwölf Francs, — *Baden* ein hundert und achtzig Francs, — *Baiern* acht und sechzig Francs, — *Hessen-Darmstadt* ein hundert Francs, — *Nassau* acht und vierzig Francs, — *Preussen* drei hundert fünf und vierzig Francs, — die *Niederlande* ein hundert sieben und vierzig Francs, — beitragen.

Die Zahlungen geschehen vierteljährlich zum Voraus, spätestens am 24. Dezember, 24. März, 24. Juni und 24. September jeden Jahres für das folgende Quartal.

Die Mitglieder der Zentral-Commission besorgen, dass der Antheil ihrer allerhöchsten und höchsten Committenten zu gehöriger Zeit an die gemeinschaftliche Casse zu Mainz kostenfrei abgeliefert werde, der Oberaufseher empfängt hieraus seine Besoldung, und bestreitet aus dem Ueberschusse die bei der Versammlung der Zentral-Commission aufgegangenen gemeinschaftlichen Kanzleikosten.

§. 83.

Die Besoldung des Oberaufsehers besteht in zwölf tausend Francs jährlich, mit Einschluss der Schreibmaterialien und anderer Erfordernisse seines eigenen Bureaus. Ihm wird dabei in Dienstsachen die Portofreiheit gestattet.

§. 84.

Er hat seinen Wohnsitz in Mainz und correspondirt mit den Aufsehern und mit den ersten Civilbehörden jedes am Rheinufer liegenden Departements.

Seine Hauptpflicht ist, dafür zu sorgen, dass gegründeten Beschwerden, welche die Aufseher, die Handelsleute oder die Schiffer in Angelegenheiten der Rheinschiffahrt bei ihm anbringen, schleunig abgeholfen werde.

Sollten in irgend einem Hafen Unordnungen und Missbräuche sich einschleichen; an einem Orte auf dem Rheinstrome zum Nach-

theile der Rheinschiffahrt, unter welchem Vorwande es immer sey, neue Abgaben eingeführt, die hier festgestellten erhöht, oder sonst der Rheinschiffahrt neue Lasten aufgebürdet werden: so steht es Jedem, der sich hierdurch verletzt glaubt, frei, sich an die betreffende Orts- oder Bezirksbehörde oder auch an den Aufseher der Rheinschiffahrt, in dessen Bezirke sich der Vorfall ereignet hat, und wenn hierauf den Beschwerden nicht abgeholfen wird, an den Oberaufseher zu wenden. Letzterer kann zur Erörterung der ihm angezeigten Mängel und Beschwerden den Aufsehern und den Rheinzollbeamten Auftrag ertheilen. Wenn derselbe die Angaben oder Klagen für begründet hält, hat er solche der betreffenden ersten Departemental-Behörde bekannt zu machen, und auf Abhülfe anzutragen. Erfolgt die Abstellung nicht so sind solche Beschwerden von ihm der Zentral-Commission vorzulegen und bleibt deren weitere Entschliessung abzuwarten. Damit diese ohne Aufschub gefasst werden kann, muss der Oberaufseher die Departemental-Behörde auch davon in Kenntniss setzen, dass der streitige Gegenstand vor die Zentral-Commission gelangen werde. Jener Behörde liegt es alsdann ob, zu veranlassen, dass der Bevollmächtigte des betreffenden Staats mit der erforderlichen Instruction zeitig versehen werde.

Eben dieses Verfahren hat Statt, wenn Hindernisse, die im Flussbette entstehen, und die Rheinschiffahrt beschwerlicher machen, nicht zu der ersten gelegenen Zeit aus dem Wege geräumt; wenn die an dem Rheinufer und dem Leinpfade erforderlichen Reparaturen vernachlässigt werden, wenn die Rheinzoll-Beamten durch ihr Benehmen zu gegründeten Klagen Anlass geben, oder die Steuerbeamten, dem Wiener-Vertrage und der gegenwärtigen Verordnung zuwider, die Freiheit der Rheinschiffahrt verletzen sollten.

Vor der jährlichen Versammlung der Zentral-Commission hält der Oberaufseher alle Materialien bereit, die dazu beitragen können, ihre Arbeiten zu erleichtern, sie über den Zustand der Rheinschiffahrt,

ihre Mängel und Bedürfnisse gründlich zu unterrichten, und ihr nützliche Vorschläge zu machen.

§. 85.

Der Oberaufseher legt seinen Amtseid vor der Central-Commission in die Hände des Präsidenten ab, und verspricht, alle in der gegenwärtigen Verordnung ihm auferlegte Pflichten treu und genau zu erfüllen.

§. 86.

Hält die Central-Commission für nöthig, den Oberaufseher von seinem Posten zu entfernen: so kann sie nach Beschaffenheit der Umstände darüber berathschlagen, ob er lediglich entlassen, oder ob er vor Gericht gezogen werden soll.

Im ersten Falle enthält der Oberaufseher, wenn er noch nicht zehn Jahre gedient hat, die Hälfte, sonst aber zwei Drittel seiner bisherigen Besoldung als Gnadengehalt. Eben dies geschieht, wenn er in Ruhestand deswegen versetzt wird, weil ihm sein Gesundheitszustand nicht erlaubt, länger zu dienen. Die also bewilligte Pension wird auf eben die Weise, wie die Besoldung selbst, gezahlt.

Im zweiten Falle entscheidet die Central-Commission in einer, nach Vorschrift des 17. Artikels des Wiener Vertrags, vorgenommenen Berathschlagung, und also nach absoluter Mehrheit der Stimmen, welche Gerichte in erster und zweiter Instanz ihn richten sollen, und er wird alsdann nach dem über ihn ausgesprochenen Urtheile behandelt.

Ueber die Frage, ob der Oberaufseher entlassen werden soll, wird von der Central-Commission auf dieselbe Weise, wie bei Ernennung dieses Beamten (§. 81) abgestimmt. Er verliert jedoch seine Stelle nicht, wenn er nicht wenigstens zwei Drittel der im §. 81 bestimmten Anzahl von Stimmen gegen sich hat.

§. 87.

Der Rhein wird in vier Aufsichtsbezirke vertheilt. Der erste erstreckt sich von Basel bis zum Ausflusse der Lauter, der zweite von dort bis zum Ausflusse der Nahe, der dritte von der Nahe bis an die Niederländische Grenze, und der vierte auf das ganze Niederländische Gebiet.

Für jeden dieser Bezirke wird ein besonderer Aufseher für die Rheinschiffahrt auf Lebenszeit ernannt. Frankreich und Baden ernennen den ersten; Baiern, Hessen-Darmstadt und Nassau den zweiten; Preussen den dritten, und die Niederlande den vierten.

Jeder Aufseher erhält seine Besoldung von den Staaten, welche ihn ernannt haben. Von diesen wird ihm auch sein Wohnsitz in einer rheinischen Handelsstadt seines Bezirks angewiesen.

In Dienstsachen wird den Aufsehern in allen Rheinstaaten die Portofreiheit gestattet.

§. 88.

Das Amt des Aufsehers, welcher dazu von den Staaten, die ihn ernannt haben, auf die gegenwärtige Ordnung verpflichtet wird, ist, den ihm angewiesenen Bezirk zweimal im Jahre zu bereisen, die in dem Flusse entstandenen Schiffahrtshindernisse zu untersuchen, den Zustand des Leinpfades in Augenschein zu nehmen, und hierüber sowohl, wie über alle der gegenwärtigen Verordnung zuwiderlaufende Mängel, die er entweder auf seinen Reisen entdeckt, oder durch eingezogene Berichte vernimmt, seine Regierung zu benachrichtigen, oder, sofern er von ihr dazu ermächtigt ist, diese Mängel gleich abzustellen.

Ueber den Erfolg seiner Bemühungen und Vorschläge benachrichtigt er den Ober-Aufseher.

Er darf wegen der bei ihm angebrachten Beschwerden keine Sporteln nehmen.

§. 89.

Jeder Staat ernennt selbst die an den Zollstellen seines Gebiets zum Dienste erforderlichen Zollbeamten, und verpflichtet sie auf die gegenwärtige Ordnung. Die Bestimmung ihrer Besoldungen und ihrer Pensionen, wenn sie in Ruhestand versetzt werden, bleibt ebenfalls dem Gutfinden des Landesherrn einzig anheim gestellt. Neben-Emolumente, wozu der Schiffer etwas beizutragen hätte, dürfen in keinem Falle eingeführt werden.

Wo der Rheinzoll für gemeinschaftliche Rechnung mehrerer Rheinstaaten erhoben wird, bleibt es den betreffenden Regierungen überlassen, sich über ihre gegenseitige Concurrrenz zu den Ernennungen zu vereinigen.

§. 90.

Die Rheinschiffahrts-Beamten, zu welcher Classe sie immer gehören, dürfen weder selbst Handel treiben, noch Antheil an einer Handlung, auch nicht als associés en commandite oder en participation, nehmen.

Concussion und Bestechungen, zu welcher letztern Classe auch jede Annahme eines Geschenks von Zollpflichtigen oder für deren Rechnung gehört, ziehen auf jeden Fall, vorbehaltlich der übrigen gesetzlichen Strafen, die Dienstentsetzung nach sich.

§. 91.

Alle Rheinzoll-Beamten sind schuldig, ihren Dienst in eigener Person zu versehen.

§. 92.

Alle Localkosten wozu auch die Gehälter und Pensionen der Zollbeamten zu rechnen, sind ausschliesslich für Rechnung der Staaten, welchen die Gefälle gehören.

Z e h n t e r T i t e l.

Von der Vollziehung der Rheinschiffahrts - Ordnung.

§. 93.

Die von den Staaten des Rheins genehmigten und mit der Ratification versehenen Urkunden dieser Rheinschiffahrts - Ordnung, welche als ein Vertrag gilt, der nur mit allseitiger Bewilligung eine Abänderung erleiden kann, werden längstens in zwei Monaten, vom Tage der Unterzeichnung anzurechnen, in Mainz ausgewechselt. Den ein und dreissigsten Tag nach erfolgter Auswechslung wird die Ordnung von Basel bis zu den Mündungen des Rheins und den niederländischen Seehäfen, und von diesen bis Basel in Vollzug gesetzt. Alle auf der Rheinschiffahrt bis jetzt haftende Lasten, welche darin nicht ausdrücklich beibehalten sind, unter welchem Namen sie immer bekannt seyn mögen, namentlich alle Zölle, Lizenten, Transitogebühren oder Umschlagsrechte sind von eben diesem Tage an abgeschafft.

Geschehen und unterzeichnet. Mainz den

A.

T a r i f

der Gebühren, welche von den Schiffsgefässen bei der Schifffahrt auf dem Rhein, nach Verhältniss ihrer Ladungsfähigkeit an jeder Zollstelle zu erlegen sind.

Für ein Fahrzeug von										Fr.	Ct.
50 und unter 300 Cent., der Cent. zu 50 Kilogrammen										"	10
300	"	"	600	"	"	"	"	"	"	1	"
600	"	"	1000	"	"	"	"	"	"	2	"
1000	"	"	1500	"	"	"	"	"	"	4	"
1500	"	"	2000	"	"	"	"	"	"	6	"
2000	"	"	2500	"	"	"	"	"	"	9	"
2500	"	"	3000	"	"	"	"	"	"	15	"
3000	"	"	3500	"	"	"	"	"	"	21	"
3500	"	"	4000	"	"	"	"	"	"	27	"
4000	"	"	4500	"	"	"	"	"	"	33	"
4500	"	"	5000	"	"	"	"	"	"	39	"
5000 Centner und drüber				"	"	"	"	"	"	45	"

Wird eine Zollstelle ganz aufgehoben, so werden die bisher dasselbst erhobenen Schiffsgebühren an der vorhergehenden Zollstelle von denen Schiffen mit erhoben, die ihre Fahrt über die aufgehobene Zollstelle hinaus fortsetzen wollen.

Mainz, den

B.

Tariff für den Rheinzoll.

Von allen Gegenständen, welche auf dem Rhein verschifft werden, und die nicht ausdrücklich ausnahmsweise geringer belegt sind, wird für den Centner an Rheinzoll erhoben:

Für die Rheinstrecke		Bei der Fahrt					
von	bis	abwärts			aufwärts		
		an der Zollstelle			an der Zollstelle		
		zu	Ct.	M.	zu	Ct.	M.
1	Basel	Breisach	13	9	Breisach	20	9
	Wenn unterhalb Basel abgefahren ist.		7	—			
2	Breisach	Strasburg	12	9	Strasburg	19	4
3	Strasburg	Neuburg	15	1	Neuburg	22	8
4	Neuburg	Germersheim	9	4	Germersheim	14	1
5	Germersheim	Mannheim	13	1	Mannheim	19	8
6	Mannheim	Hessen-Badens. Grenze	2	9	desgleichen	4	3
7	Hessen-Badens. Grenze	Mainz	15	9	Mainz	23	9
	Wenn unterhalb Mannheim zu Worms, Rheindürkheim oder Gernsheim abgefahren ist, um in den Main zu gehen.		9	4			
		Einfluss der Nahe bei					
8	Mainz	Bingen	5	7	desgleichen	8	6
9	Einfluss der Nahe	Kaub	3	2	Kaub	4	8
10	Kaub	Einfluss der Lahn	9	3	desgleichen	14	0
11	Einfluss der Lahn	Koblenz	1	4	Koblenz	2	0
12	Koblenz	Andernach	5	5	Andernach	8	3
13	Andernach	Linz	3	1	Linz	4	7
14	Linz	Cöln	11	8	Cöln	17	7
15	Cöln	Düsseldorf	11	6	Düsseldorf	17	4

Für die Rheinstrecke

Bei der Fahrt

	von	bis	abwärts an der Zollstelle zu		aufwärts an der Zollstelle zu	
			Ct.	M.	Ct.	M.
16	Düsseldorf	Ruhrort	Düsseldorf	7 4	Ruhrort	11
17	Ruhrort	Wesel	Ruhrort	7 3	Wesel	11
		Niederl. Preuss. Grenze				
18	Wesel	bei Schenkenschanz	Wesel	10 3	Emmerich	15
19	Niederl. Preuss. Grenze	Nymwegen	Schenkenschanz	4 3	Nymwegen	6
20	Nymwegen	Rossum	Nymwegen	7 2	Rossum	10
21	Rossum	Gorcum	Rossum	5 6	Gorcum	8
22	Gorcum	Rotterdam, Dordrecht oder über Gauda n. Amsterdam	Gorcum	5 1	Rotterdam Dordrecht od. Amsterdam	7
	Wenn oberhalb Rotterdam, Dordrecht oder Amsterdam geladen worden.		—	—	Gorcum	7
23	Niederl. Preuss. Grenze	Arnheim	Schenkenschanz	4 7	Arnheim	7
24	Arnheim	Wick	Arnheim	8 4	Wick	12
25	Wick	Schonhoven	Wick	8 2	Schonhoven	12
26	Schonhoven	Rotterdam, oder über Gauda n. Amsterdam	Schonhoven	8 2	Rotterdam od. Amsterdam	12
	Wenn oberhalb Rotterdam oder Amsterdam geladen worden.		—	—	Schonhoven	12
27	Wick	Utrecht	Wick	6 1	Utrecht	9
28	Utrecht	Amsterdam	Utrecht	10 7	Amsterdam	16
29	Niederl. Preuss. Grenze	Zütphen	Schenkenschanz	8 8	Zütphen	13
30	Zütphen	Campen	Zütphen	11 3	Campen	17
31	Campen	Amsterdam	Campen	8 8	Amsterdam	13
	Von oberhalb Amsterdam verladenen aufwärts gehenden Güter.		—	—	Campen	13

A u s n a h m e n.

A. Ein Viertel von obigen Tarifsätzen wird entrichtet von

- 1) unausgelaugter Asche;
- 2) Gusseisen in Gängen und Masseln und Roheisen;
- 3) Gallmeierz;
- 4) Getreide aller Art;
- 5) getrockneten Hülsenfrüchten;
- 6) Lohrinde;
- 7) Mehl und Grütze aller Art;
- 8) Pech;
- 9) Sämereien aller Art;
- 10) raffinirtem und nicht raffinirtem Kochsalze;
- 11) behauenen Bruchsteinen zu Fussboden, Mühlensteinen, Schleifsteinen;
- 12) Theer.

B. Ein zwanzigstel des Tarifsatzes wird entrichtet von

- 1) Alaun - Erde und Alaun - Steinen;
- 2) Brennholz von allen Gattungen und Kohlen daraus;
- 3) allen, nicht besonders genannten, rohen Erzen,
- 4) Gips;
- 5) Kalk;
- 6) gebrannten Steinen aller Art;
- 7) Steinkohlen;
- 8) Schiefersteinen;
- 9) gemeiner Töpferwaaren;
- 10) Torf und Torfkohlen;
- 11) Vitriol - Steinen oder Vitriol - Erde.

C. Es wird von Bau - oder Nutzholz der Zoll nach cubischem Maasse entrichtet, und zwar:

1) von Eichen-, Ulmen-, Eschen-, Kirschen-, Birn-, Apfel- und Kornelholz, von einem Cubicmeter;

a) bei der Fahrt abwärts, so viel wie von vier Zentner nach der ersten Geldspalte;

b) bei der Fahrt aufwärts, so viel wie von zwei und einem halben Zentner nach der zweiten Geldspalte des vorstehenden Tarifs.

2) Von Fichten-, Tannen-, Lerchen-, Buchen-, Pappeln-, Erlenholz und andern weichen und harzigen Holzarten, von einem Cubicmeter;

a) bei der Fahrt abwärts, so viel wie von zwei Zentner nach der ersten Geldspalte;

b) bei der Fahrt aufwärts so viel wie von einem und einem viertel Zentner nach der zweiten Geldspalte des vorstehenden Tarifs.

D. Anstatt der Tarifsätze wird blos die Schiffsgebühr nach dem besondern Tarif für dieselbe, noch einmal, mithin überhaupt doppelt erhoben, wenn die Ladung des Schiffes lediglich enthält:

1) frische Butter in einzelnen Stücken;

2) Dünger aller Art, als ausgelauchte Asche, Abfälle von Fabriken zum Düngen, Mergel, Stallmist etc.;

3) Eier; — 4) gemeine Erden, wie Sand, Lehm etc.;

5) Faschienen zum Wasserbau;

6) lebende Fische;

7) Futterkräuter, Heu und Schilf;

8) frische Gartengewächse, als Blumen, Gemüse, geniessbares Wurzelwerk;

9) Geflügel; — 10) Milch; — 11) frisches Obst;

12) gebrochene Bau- und Pflastersteine;

13) Stroh und Spreu;

14) lebendige Thiere.

Wenn ein Schiff von diesen Artikeln nicht überhaupt fünfzig Zentner geladen hat, bleiben sie ganz ausser Betracht und frei; wenn dagegen das Schiff noch andere Gegenstände geladen hat, so ist der dafür bestimmte Zoll noch besonders zu zahlen.

Mainz, den . . ten

M a n i f e s t

des Schiffsführers Johann Seifert, wohnhaft zu Cöln.

Das von dem Unterzeichneten unter preussischer Flagge geführte Schiff genannt *Francisca* welches 25 Last zu tragen vermag, gehört eigenthümlich dem N. N. zu N. Declaranten. Die Ladung ist zu Arnheim eingenommen, und aus folgendem Nachweise das Weiter-Erforderliche zu ersehen.

N.° der Fracht- briefe nach der Zahlfolge.	N a m e n der Versender und Empfänger.	Bestimmungs- ort der Waaren.	Der Colli o. Gebinde		Benennung der Waaren.	Gewicht derselben.	B e t r a g der Rheinzoll - Gefälle.	
			Zahl.	Zeichen u. N.°			Francs.	Cents.
1.	Gottwald et Comp. an H. Magnus.	Coblenz.	5	$\frac{\Delta}{V} \# 1, 2, 3$	Zucker.	19 $\frac{7}{8}$ Cent.	Bemerkung. Die Zollempfänger nehmen sich Duplo der Manifeste und werfen in der hinzu- gefügten Spalte den Betrag der Gefälle aus.	
2.	Hirsch an J. P. Günther.	ditto.	4	$\frac{0}{0} \frac{0}{0} 60, 61,$ 62, 63,	Oel.	3 F. wieg. 19 Centr.		
3.	G. Salzmann an Wittwe Meier.	Mainz.	13	$\# 1 - 15$	Kaffe.	31 Centr.		

Dass vorstehende Declaration die ganze Ladung des Schiffes umfasst, und dass diese ihrem Inhalte nach vollständig und richtig angegeben ist, wird hiermit versichert.

Arnheim, den 5. April 1821.

(U n t e r s c h r i f t).

N.^o IX.

Protocollarauszüge welche auf vorstehenden Entwurf Bezug haben.

227tes Protocoll vom 28. September 1821.

§. 1.

NASSAU. Ich beehre mich, der Zentral-Commission die ergebenste Anzeige zu machen, dass des Königs von Baiern Majestät, auf die Vorlage eines Entwurfs zum definitiven Reglement, von Seiten des königl. preussischen allerhöchsten Cabinets, allerhöchst sich bewogen gefunden haben, die mir allgnädigst ertheilt gewesene Substitution für den königl. baierischen Geheimen Hofrath von NAU als beendet zu erklären; wie denn auch der königl. baierische Herr Bevollmächtigte heute seinen Sitz unter uns wieder einnimmt.

BAIERN. Bei meiner Rückkehr in diese hochansehnliche Versammlung, beehre ich mich die Erklärung abzugeben, dass mein allerhöchster Hof, mich mit Instructionen und Vollmacht versehen hat, mit den übrigen hiezu ermächtigten Herrn Commissarien über den unter dem 7. September an Herrn Präsidenten JACOBI übergebenen neuen Entwurf eines Rheinschiffahrts-Reglements, zu berathen, und mit Vorbehalt allerhöchster Ratification abzuschliessen.

C O N C L U S U M.

Die Zentral-Commission bezeigt, dem Herrn Geheimen Hofrath von NAU ihr lebhaftes Vergnügen über die Rückkehr in ihre Mitte eines so ausgezeichneten Mitglieds.

229tes Protocoll vom 19. October 1821.

§. 1.

PREUSSEN. Auf das in dem 226. Protocoll §. 3. von Seiten der Herren Bevollmächtigten von Frankreich und Niederland gemachte

Ansuchen: den französischen Text des diesseits in deutscher Sprache vorgelegten Entwurfs zum definitiven Reglement für die Rheinschiffahrt bald möglichst beizubringen; bin ich beauftragt zu erklären: dass die gewünschte Uebersetzung des in Frage stehenden Stückes, wirklich bearbeitet, und sowohl den beiden allerhöchsten königl. Höfen von Frankreich und Niederland, als auch der Zentral-Commission vorgelegt werden wird: dieses Stück inzwischen in Gemässheit des Beschlusses der Zentral-Commission vom 7. Januar 1817 (25. Protocoll §. 2.) nur als *Uebersetzung*; der deutsche Text hingegen, als *Original* zu betrachten sein wird.

FRANCE et PAYS-BAS. Les soussignés observent, que la pièce, dont M. le commissaire de Prusse nous annonce la présentation, fait partie du 25. protocole, auquel elle doit être jointe.

§. 5.

NASSAU. Ich beehre mich, zur Kenntniss der hochverehrlichen Zentral-Commission zu bringen, dass ich nunmehr ebenfalls von meinem höchsten Hof mit der erforderlichen Instruction versehen bin, um über den unterm 7. September von dem königl. preussischen Herrn Bevollmächtigten zu Protokoll gegebenen Entwurf zu einem definitiven Reglement abzustimmen, und vorbehaltlich der höchsten Ratification abzuschliessen.

Zugleich soll ich mich beistimmig dafür erklären: dass die Berathung über jenen Vertrags-Entwurf zu einem besondern Abschnitt, in den Arbeiten der Zentral-Commission gemacht, und darüber nicht gemeinschaftlich mit andern Gegenständen, welche zu ihrem Geschäftskreis gehören, sondern in besondern Conferenzen und Protocollen verhandelt werde.

235tes Protocoll vom 7. Dezember 1821.

§. 1.

PREUSSEN. Indem ich mich an meine Erklärung vom 7. September

jüngsthin beziehe, entledige ich mich des von meiner Regierung erhaltenen Auftrags; die verheissene französische Uebersetzung des diesseitigen Entwurfs zum definitiven Reglement für die Rheinschiffahrt anliegend beizubringen und zu bemerken: dass zwar den Königlichen Französischen und Niederländischen Gouvernements, gleichzeitig mit dem teutschen Original eine Vorläufig schnell angefertigte Uebersetzung vorgelegt worden sey, diese aber nochmals überarbeitet worden ist, welches den Herren Bevollmächtigten von Frankreich und Niederland die Abweichung erklären wird, welche sie in beiden Uebersetzungen bemerken möchten.

FRANCE et PAYS-BAS. Les Commissaires de France et des Pays-Bas observent, que la pièce que M.^r leur très honoré collègue de Prusse vient de produire, appartient au 225^e procès-verbal du 7. Septembre dernier.

§. 2.

FRANCE. Le soussigné a l'honneur de faire connaître à la Commission centrale, qu'il est muni des instructions nécessaires pour prendre part, au nom de son gouvernement, aux négociations sur le règlement définitif, dont M.^r le Commissaire de Prusse a soumis le projet le 7. Septembre dernier.

236tes Protocoll vom 14. Dezember 1821.

§. 1.

PAYS-BAS. Le Commissaire plénipotentiaire de S. M. le Roi des Pays-Bas a l'honneur de déclarer, en conséquence des instructions reçues de sa très haute cour: »qu'il est autorisé à procéder aux discussions
»sur le projet de règlement définitif présenté de la part de la Prusse,
»mais que, vû l'importance du sujet, qui donnera lieu à beaucoup de
»considérations et de négociations, il sera nécessaire, que ces discus-

» sions ne soient ouvertes avant que, pour satisfaire à l'art. 31 de l'acte
 » de Vienne, concernant la navigation du rhin, l'instruction intérimaire,
 » que l'article cité a pour bût, ne sera émanée, afin qu'il existe une
 » norme, à laquelle, durant les négociations, tous les intéressés auront
 » à se conformer.«

CONCLUSUM.

Auf die so eben verlesene Note des Königlich Niederländischen Herrn Bevollmächtigten erklärt die Zentral - Commission, was die K. Niederländischen Seits verlangte Norm für die Zeit der Unterhandlung betrifft, so hat sich die Zentral - Commission wegen Beibehaltung des Statusquo durch ihre Beschlüsse vom 21. Sept. und 23. Nov. A. c. 226 und 233^e Protokoll, bereits hinlänglich verwahret. Im übrigen gehört der Inhalt der K. Niederländischen Note, zu den Verhandlungen, welche der K. Preussischer Seits vorgelegte Entwurf zu einem definitiv Reglement veranlassen wird, und es wird erst dann darauf zurückzukommen seyn, wenn das dessfallsige Separat-Protokoll eröffnet seyn, und der K. Preussische Herr Bevollmächtigte sich vor allem darauf erklärt haben wird. Um diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, ersucht die Zentral - Commission die Herren Bevollmächtigten von Baden und Hessen um gefällige Verwendung bei ihren höchsten Höfen, dass ihnen nunmehr ebenfalls, möglichst bald, die erforderlichen Instructionen zugehen, da alle übrige Bevollmächtigten bereits damit versehen sind.

PAYS-BAS. Je me réfère à ma déclaration cidessus, et me réserve de m'expliquer ultérieurement à la première séance.

PREUSSEN. Ich begnüge mich zu äussern, dass ich mich beeilen werde, die Erklärung des K. Niederländischen Herrn Bevollmächtigten darauf ertheilte Antwort meinem allerhöchsten Hofe vorzulegen, übrigens den Wunsch theilend, dass den Herrn Bevollmächtigten von Baden und Hessen ihre Instructionen über die Eröffnung der Discussionen,

des preussischer Seits vorgelegten Entwurfs zum definitiven Reglement für die Rheinschiffahrt bald zukommen mögen.

237tes Protocoll vom 18. Dezember 1821.

§. 1.

PAYS-BAS. En conséquence de ma réserve au protocole précédent j'ai l'honneur d'observer ce qui suit:

L'Instruction intérimaire, dont le gouvernement des Pays-Bas, pour accomplir l'art. 31 de l'acte de Vienne, demande l'émanation avant que de procéder aux discussions sur le projet de règlement définitif présenté de la part de la Prusse, doit, aux termes de l'art cité, » ordonner de suivre, jusqu'à la confection et sanction définitive du » nouveau règlement, la convention du 15. Aout 1804, en indiquant toute » fois succinctement lesquels de ses articles se trouvent déjà supprimés » par les dispositions actuelles et quelles autres dispositions il faut déjà » à présent y substituer. «

Si cependant, comme il paraît résulter du contenu de la conclusion au dernier protocole, la commission centrale est disposée à se contenter pour servir de norme intérimaire, du maintien du statusquo, c'est à dire de la convention de 1804, réclamé déjà par ses conclusions du 21. Septembre et 23. Décembre dernier, et à laisser in suspens, en attendant le résultat des discussions prochaines sur le dit projet de règlement définitif, la réalisation du reste du dit art. 31, conçu en ces termes;

» en indiquant toute fois succinctement, lesquels de ses articles se trouvent déjà supprimés par les dispositions actuelles et quelles autres » dispositions il faut déjà à présent y substituer, « le commissaire des Pays-Bas, croit que son gouvernement, pour éviter tout retard, y accedera aussi, sous la condition, qu'avant l'ouverture des discussions sur le projet de règlement définitif, le maintien de la convention de 1804,

(qu'il ne peut pas trouver suffisant de se *réserver* seulement) sera formellement *assuré* de la manière prescrite par l'art. 31 du traité, c'est à dire, en faisant émaner une instruction intérimaire, qui, aux termes du traité,

» ordonnera de suivre jusqu'à la confection et sanction définitive du » nouveau règlement la convention du 15. Aout 1804, « sous la réserve néanmoins des droits et obligations qui peuvent être fondés sur la disposition finale sus alléguée de l'art 31, *en indiquant — substituer*, et qu'on voudroit laisser pour le moment en suspens.

C O N C L U S U M.

Da die Zentral-Commission vor Eröffnung der Discussion über den Entwurf zu einem definitiv Reglement, in die nähere Erörterung der dazu gehörigen Vorfragen, nicht eingehen kann, so muss sie sich lediglich auf den Inhalt ihres Beschlusses im letzten Protokoll beziehen.

PAYS-BAS. Le Commissaire des Pays-Bas a les ordres les plus précis de ne pas entrer en discussion sur le projet du règlement définitif, avant que le point préliminaire, l'émanation d'une instruction intérimaire en exécution de l'art. 31 de l'acte de Vienne, — ne soit vuide.

PREUSSEN. Ich vermeide in diese Discussion einzugehen, weil es möglich wäre, dass meine Regierung der Königl. Niederländischen das Recht nicht bestreiten möchte, auf der vorläufigen Abfassung einer interimistischen Instruction, auch noch jetzt, zu bestehen.

C O N C L U S U M.

Die übrigen Bevollmächtigten halten sich das Protokoll offen, bis sämtliche Instructionen eingekommen seyn werden, und die Discussion über den K. Preussischer Seits vorgelegten Entwurf zu einem definitiven Rheinschiffahrts-Reglement eröffnet seyn wird.

238tes Protocoll vom 24. Dezember 1821.

§. 1.

NASSAU. Die bisherigen Verhandlungen der Zentral - Rheinschiffahrts - Commission sind so weit gediehen, dass die Verwirklichung alles dessen, was der Wiener Congress zu Gunsten des Verkehrs auf dem Rhein und seiner Nebenströmen stipulirt hat, nur noch von der glücklichen Vereinigung über einige, zwar wichtige, aber klar hingestellte Fragen abhängt.

Die Zentral - Commission, stehet jedoch nach dem Inhalt der neuesten Protokolle abermals in Gefahr, in einen Streit über den formalen Gang der Verhandlungen zu gerathen.

Ich halte es daher, in diesem Augenblick nicht für ungeeignet, diejenigen Punkte anzudeuten, die noch zu entledigen sind, und über die man sich früher oder später dennoch verständigen muss, wenn die Verhandlungen zum Ziel geführt werden sollen, und glaube, dass es viel besser wäre, sogleich eine Vereinbarung über diese wenige Punkte zu versuchen, weil alles übrige bereits vollständig und unter wenigen Modificationen, allgemein annehmbar bearbeitet vor uns liegt.

Der Königl. Preussische Hof hat nemlich durch die Mittheilung eines durch System, Präcision und Klarheit ausgezeichneten Entwurfs, zu dem künftigen Rheinschiffahrts - Vertrag nicht nur die Absicht deutlich ausgesprochen, auf dem Rhein die Wiener Congress - Beschlüsse, soweit dazu die Mitwirkung der Zentral - Rheinschiffahrts - Commission noch erforderlich war, in das Leben zu rufen, sondern auch die Vereinbarung über alle dahin gehörigen Bestimmungen wesentlich erleichtert.

Die Freiheit im Betrieb der Schifffahrt auf dem Haupt - Strom und seinen Nebenströmen ist in jenem Vertrags - Entwurf mit gröster Consequenz durch alle Verhältnisse entwickelt, und ohne alle Rücksicht auf Particular - Vorthelle ist alles entfernt, was hemmend der vollen Freiheit im Betrieb der Schifffahrt entgegen trat.

Eine völlige Rechtsfreiheit in allen Beziehungen für alle, welche die Lage zur Theilnahme berufen hat, leuchtet überall hervor.

Dies alles waren von Anfang an die Ansichten und Wünsche, die Bestrebungen derjenigen, welche nach vielfältigem, oft beunruhigendem Wechsel in den Unterhandlungen jetzt des nahen Momentes, ein Resultat hervortreten zu sehen, sich erfreuen.

Preussen verlangt zur Aufrechthaltung der Einheit in dem System der Grenzbewachung, welche die Monarchie umschliesst, einzelne Concessionen. Wenn sie auch ganz neu sind, und eine weitere Erörterung und Vereinigung darüber vorerst nothwendig ist, so werden doch die betheiligten Höfe unter der Grundlage einer allgemeinen Rechtsgleichheit, ohne Zweifel, darum ihre Geneigtheit bethätigen, alles beizutragen, was die Befestigung dieses Systems erleichtert, und dem Einzelnen nicht drückend ist.

Auch lässt sich der Zweck, ohne der Sache zu schaden, und ohne eine grössere Beschwerd für die öffentliche Casse herbeizuführen, durch eine etwas erweiterte Anwendung des Begleitungs-Systems ohne Zweifel erreichen.

Die Meinung dass aus dem zufälligen Besitz beider Ufer des Rheins in einer gewissen Strecke Vorrechte abgeleitet werden könnten, gehört dagegen wohl nicht zur Sache, und es wird nicht einmal nöthig werden darüber in Discussion einzugehen; denn wenn verschiedene Besitzer des Ufers ihre beiderseitigen Rechte vereinigen, entsteht in der Wirklichkeit eben so ein ungetheilter Besitz der Hoheit und ganz gleicher Anspruch.

Der K. Preussische Hof verlangt ferner für die Rheinbewohner, die Möglichkeit einer ungehemmten Fahrt in die offene See, und für Waaren an Bord der den Rhein befahrende Schiffe der Rheinstaaten Abgabe freien Transit in und aus der See.

Es ist hier an dieser Stelle schon oft bemerkt worden, dass die Niederlande ihres eigenen Vorthells wegen den Transit über den Rhein

durch hohe Seezölle nicht erschweren dürfen, und die Erfahrung der letzten Jahre muss der Königl. Niederländischen Regierung die Gefahr von diesem Prinzip abzuweichen, klar gezeigt haben.

Hannover hat an der Elbe in ähnlichem Fall sich selbst die Norm gesetzt, die so billig war, dass alle Betheiligten dabei sich beruhiget haben.

Die Vereinigung über die Berechtigung zur Fahrt selbst in und aus der See war an andern Strömen, wo die Seeschiffe von jeher und bis jetzt noch ein- und ausfahren, minder schwer. Möchten doch auch diejenigen Staaten, deren Unterthanen Vorthail aus der Möglichkeit einer Seefahrt mit Schiffen, welche zugleich für die See und den Fluss geeignet sind, ziehen können, über den Geist und Wortsinn des Art. 109 der Congress-Urkunde und des Art. 1 der Rheinschiffahrts-Acte, interpretirt durch das achte Protokoll des Wiener Congress-Comite, sich vereinigen, oder im Wege der Vermittelung oder eines schiedsrichterlichen Ausspruchs ihre abweichende Ansichten ausgleichen.

An dieser Frage, welche die Hoheit über das Seegebiet wesentlich berührt, und die Rechte auf der See zur Sprache bringt, kann und darf aber die neue Gestaltung der innern Flussschiffahrt nicht scheitern.

Beunruhigend erschien daher auch unter solchen Verhältnissen die neuste Erklärung des Königlich Niederländischen Herrn Bevollmächtigten, welche verlangt, dass die Zentral-Commission, bevor sie zur Discussion des Entwurfs zum definitiven Reglement übergeht, noch eine interimistische Instruction auf den Grund des 31. Artikels der Wiener Convention erlassen solle.

Würde das, was dieser Artikel festsetzt, dadurch bindender werden als es bisher schon war? Steht er jetzt nicht eben so fest, als wenn die Zentral-Commission ihn erneuern wollte?

Die Erfahrung von fünf Jahren hat uns gezeigt, wie sehr dieser Artikel in einigen Bestimmungen missverstanden werden kann: wer

wollte nicht wünschen solche Gegenstände nicht zum zweitenmal zu berühren, und welche Ansichten würden unsere Verhandlungen veranlassen, wenn sie sich jetzt erst wieder von neuem mit dem beschäftigen sollten, was nach der Bestimmung des Vertrages schon in der ersten Zeit unseres Zusammentritts hat bewirkt werden sollen?

Ohne Zweifel verlangen Worte und Sinn dieses Artikels, dass schon bei dem Erscheinen einer interimistischen Instruction der Umschlag-Zwang nicht mehr bestehen sollte, weil diese Bestimmung als ganz unbedingt ausgesprochen, nirgends an einen ungewissen Ausgang hat geknüpft werden wollen: es möchte daher jetzt besser erscheinen, diese Grundbedingung zugleich mit allen Folgerungen in einem Act auszusprechen, da durch die Vorarbeiten des königl. preussischen Cabinets die Möglichkeit gegeben ist, über alles auf einmal und so fort endlich übereinzukommen.

Die Garantie, dass der bisherige Zustand bis zu dem nahen Erscheinen des Rheinschiffahrt-Gesetzes nicht verschlimmert werde, liegt in dem was vertragsmässig besteht. Dieses Bestehende ist in den Verhältnissen mehrerer Staaten zu einander immer gehandthabt worden und wird auch ferner gehandthabt und unverletzt erhalten werden. Nichts berechtigt uns hieran zu zweifeln.

BADEN. Nimmt die vorstehende Präsidial-Erklärung, in Beziehung auf den Beschluss der Zentral-Commission vom 18. I. M. (Protokoll N.^o 237) ad referendum, und behält sich in Erwartung der Instructionen seines höchsten Hofes das Protokoll offen.

BAIERN. Da dem vorstehenden übrigens sehr interessanten Präsidial-Vortrag die Absicht ganz und gar nicht unterliegen kann, über den Inhalt eine Abstimmung zu veranlassen, oder in dessen Detail einzugehen, so beschränke ich mich lediglich darauf, denselben meinem allerhöchsten Hofe vorzulegen.

FRANCE. A l'occasion de l'exposé dont M. le Président vient de donner lecture, et pour faire suite à l'objet traité au 237. procès-verbal

rélatif à la demande faite par M. le commissaire des Pays-Bas pour faire précéder par l'émanation d'une instruction intérimaire l'ouverture des discussions sur le projet de règlement définitif présenté par la Prusse, le soussigné émet l'opinion que, si cette instruction intérimaire doit avoir pour bût de remplir les prescrits de l'art. 31 de l'acte du congrès de Vienne, il serait nécessaire qu'elle fût conçue de manière à emporter de fait l'exécution *pleine et entière* de l'art précité avec *toutes* ses conséquences; Tandisqu'une exécution *partielle* de ce même art. ainsi qu'elle a été proposée, et ainsi que les précédents de nos discussions à la commission centrale la laissent à supposer, n'atteindrait aucunement le bût imposé et voulu par l'acte du congrès.

HESSEN. Da obiger Präsidial - Vortrag dermalen schon in das Detail der bevorstehenden Unterhandlungen eingeht, so bin ich jetzo schon mich in demselben einzulassen ausser Stand.

PAYS-BAS. En passant sous silence, sauf à y révenir en tems utile, tout ce qui est dit, dans l'insertion ci-dessus de M. le commissaire de Nassau, comme Président temporaire, relativement au contenu du projet d'un règlement définitif, présenté par la Prusse; je me réfère, entant que la dite insertion et celle de M. le suppléant du commissaire de France concernent le point préalable, demandé par mon gouvernement, l'émanation d'une instruction intérimaire, à la déclaration, fondée sur l'art 31 de l'acte de Vienne, que j'ai eü l'honneur de faire, au nom de ma cour, dans notre séance du 14 de ce Mois et à mon insertion au procès-verbal du 18 du courant, qui se rapporte à la conclusion prise le dit 14 par M. M. les commissaires de Bade, Bavière, France, Hesse et Nassau, laquelle, en reconnaissant implicitement la nécessité d'une norme intérimaire, avoit indiqué comme telle le maintien du status quo, auquel, selon eux, la commission centrale aurait suffisamment réservé ses droits par ses conclusions du 21. Septembre et 23. Novembre dernier.

Il m'est impossible, je le répète à regret, de trouver dans ces réserves, dont la seconde montre l'inefficacité de la première, la réalisation effective de la norme intérimaire voulue par le traité et je dois pour cette raison toujours persister dans la demande de mon gouvernement tendante à ce que cette norme soit assurée en vertu de et dans la forme prescrite par l'art. 31 de l'acte de Vienne, qui est l'émanation d'une instruction intérimaire.

En matière de traités, les formes ne sont pas à négliger, et on se convaincra facilement, que le gouvernement des Pays-Bas, en *restant attaché à la forme prescrite par l'acte* de Vienne de préférence à celle que plusieurs membres de la Commission centrale paroissent désirer, indique le moyen le plus sûr, de prévenir toute contestation à ce sujet.

Quant à la teneur de l'Instruction intérimaire, dont il s'agit dans l'insertion de M.^r le suppléant du Commissaire de France, chaque état riverain a indubitablement le droit d'insister sur l'émanation d'une instruction intérimaire, qui satisfasse pleinement et entièrement aux prescrits de l'art. 31 à ce sujet, mais, si la Commission centrale pouvait se réunir sur une instruction, qui, d'accord avec la conclusion suscitée du 14 de ce mois, se bornerait au seul maintien de la convention de 1804, en laissant in suspenso les droits aux changemens à operer de suite à quelques uns de ses articles — changemens, sur lesquels on n'a pû tomber d'accord depuis 5 ans — je ne saurais pas partager l'appréhension de M.^r le suppléant du Commissaire de France, que par une telle instruction intérimaire le but voulu par l'acte du congrès ne seroit *aucunement* atteint.

Selon moi, une telle instruction, bien qu'elle ne rempliroit *qu'imparfaitement* les vues de l'art. 31 du dit Acte, en atteindroit toujours le but *principal*, qui est d'assurer une norme intérimaire jusqu'à la confection et sanction du règlement définitif; elle atteindroit ce but selon mon avis, *moins imparfaitement*, que si la Commission centrale

n'en ferait *émaner aucune*, en se contentant de se *réserver* le maintien de l'état conventionnel de la navigation du rhin, au lieu de faire usage du pouvoir, que lui attribue le dit Art. 31, *d'ordonner* ce maintien au nom de tous les états riverains.

D'ailleurs le dit but de l'art. 31, fixation et promulgation d'une norme interimaire jusqu'à la promulgation du règlement définitif — subsiste encore aujourd'hui, comme au premier moment de notre réunion, avec cette différence seulement, que le besoin de sa réalisation s'est fait sentir plus impérieusement dans les derniers tems, où la commission centrale a été dans le cas de *réclamer*, à différentes reprises, le maintien de la convention de 1804, soit pour prévenir, soit pour faire redresser des *détériorations* du status quo conventionnel et que l'expérience a ainsi prouvé la sagesse de la stipulation conservatrice du dit art. de l'acte de Vienne, que la commission centrale est appelée non pas à renouveler (comme M. le commissaire de Nassau l'exprime) mais bien à mettre en exécution aussi parfaitement que possible.

BADEN. Bezieht sich an seine erste Insertion.

BAIERN. Die Umschreibungen und Erörterungen mit welchen der königl. niederländische Herr Bevollmächtigte, die letzten Beschlüsse der Zentral - Commission in seinem Sinne wiederholt, sind nicht von der Art, dass ich sie mit den Beschlüssen selbst, als gleichbedeutend ansehen kann.

FRANCE. Se tient le protocole ouvert.

PAYS-BAS. Se réfère à son insertion même.

PREUSSEN. Aus Besorgniss, die Schwierigkeiten zu vermehren, welche bisher ein Einverständniss über den in Frage stehenden Gegenstand verhindert haben, schweige ich gänzlich, sowohl zu dem Inhalt des heutigen Präsidial - Vortrags, als zu den Aeusserungen, welche derselbe veranlasst hat.

Die *Möglichkeit*, eine interimistische Instruction zu Stande zu

bringen, hängt augenscheinlich von der einstimmigen Erledigung der Frage ab:

»ob, in Gemässheit des 31. Art. der Wiener Congress-Acte von 1815,
 »während des Interimisticums, diejenige Gilde-Schiffahrtsordnung,
 »welche das Wesen der Couvention von 1804 ausmacht, beizubehalten
 »ist oder nicht?«

Alle Gründe, welche seit länger als 5 Jahren vorgebracht worden sind, um zu beweisen, dass, der Sinn des vorgedachten 31. Art. die *Verneinung* jener Frage erfordern, haben bisher nie diejenigen überzeugt, welche der *entgegengesetzten* Meinung waren, und da der Tractat kein Forum bezeichnet, vor welches einander widersprechende Behauptungen zu bringen wären, *um eine Entscheidung, in letzter Instanz, zu erhalten*; so scheint nichts klarer und gewisser; als dass ohne ein *freiwilliges* und *allseitiges* Einverständniss, eine interimistische Instruction nie zu Tage kommen wird.

Möge also ein solches Einverständniss nahe seyn.

244tes Protocoll vom 22. Februar 1822,

§. 1.

HESSEN. Ich beehre mich, meinen sehr verehrten Herrn Collegen anzuzeigen, dass ich so eben von meinem Hofe die Instruktionen erhalten habe, um mit den hiezü bestimmten Herren Bevollmächtigten Antheil an den Discussionen über den Königl. Preussischer Seits vorgelegten Entwurf eines definitiven Reglements über die Rheinschiffahrt zu nehmen.

C O N C L U S U M.

Die Central-Commission sieht nunmehr der Instruction des Grossherzoglich Badenschen Herrn Bevollmächtigten entgegen, da diese allein

noch abgeht, um die Berathungen über den definitiven Reglements-Entwurf zu beschleunigen.

BADEN. Der Bevollmächtigte sieht, nach bereits erhaltener vorläufiger Eröffnung seines höchsten Hofes, dem Eintreffen der ihm angekündigten durch zufällige Umstände verspäteten Instructionen mit jedem Tage entgegen.

245tes Protocoll vom 1. März 1822.

§. 2.

BADEN. In Gefolge erhaltener Instruction seines höchsten Hofes hat der grossherzogl. Bevollmächtigte nachstehende, auf die in dem 256. Protokoll vom 14. Dezember v. J. §. 1. und den nachfolgenden Protokollen abgegebene Insertionen des königl. *niederländischen* Herrn Bevollmächtigten, die zur Unterhandlung über den königl. preussischer Seits vorgelegten Entwurf eines definitiv - Reglements eingegangenen königl. *niederländischen Instructionen* betreffend, sich beziehende Erklärung, mit Rücksicht auf die hierdurch veranlassten vorläufigen Diskussionen bei der Zentral-Commission, zu Protocoll zu geben.

Der Art. 31 der Wiener Convention schreibt zwar allerdings die Erlassung einer interimistischen Instruction, *gleich* nach dem ersten Zusammentritte der Zentral-Commission und folglich *vor* Anfang der Verhandlungen über das definitiv Reglement; er schreibt auch zugleich dasjenige bestimmt vor, was diese Instruction enthalten sollte.

Die aus dieser Vorschrift deutlich hervorgehende *Absicht* des Wiener Congresses war dabei offenbar keine andere gewesen, als die *Freiheit der Rheinschiffahrt* und die von demselben darüber bereits in allgemeinen Umrissen ausgesprochenen Grundsätze, mittelst einer interimistischen Instruction, so weit möglich, *alsbald* in Vollzug zu setzen, und dieselben nicht erst von den zu weitläufigeren Erörterungen Anlass gebenden Bestimmungen, der im Art. 27 der Wiener

Convention bezeichneten Gegenstände, des von der Zentral-Commission zu entwerfenden und der Sanction *aller* Uferstaaten bedürfenden *definitiven* Reglements abhängig zu machen.

Hätte dagegen der Wiener Congress sich auf die blosse Beibehaltung des Status quo, d. i. der Octroi-Convention von 1804 beschränken wollen; so würde, da derselbe im Art. 31 bereits unmittelbar vorher dasjenige verordnet hatte, was wegen der in dem Uferbesitze gleichzeitig eingetretenen Territorial-Veränderungen anders zu bestimmen nöthig war, es einer *interimistischen Instruction* gar nicht bedurft haben; indem die fortdauernde Verbindlichkeit des alten Gesetzes bis zur Einführung des neuen, und zur sorgfältigsten Vermeidung jeder Deterioration in dem zur Zeit der Wiener Convention bestandenen, und mittelst derselben, für die Zukunft, *nur noch weit mehr zu erleichternden* Zustande, sich nach der gar nicht zu misskennenden Absicht des Wiener Congresses, schon von selbst verstanden haben würde; eine Verbindlichkeit, welche auch aus eben dieser Ursache, während den beinahe 6jährigen Verhandlungen, wenigstens in thesi, noch von keinem der sieben Rheinuferstaaten jemals bestritten, vielmehr von allen und namentlich von Preussen mehrmals ausdrücklich anerkannt, und sich darauf bezogen worden ist.

Die Erlassung einer auf die Octroi-Convention von 1804 sich *lediglich* beschränkende interimistische Instruction, ist demnach itzt, wie damals, ebenso unnöthig, als sie dem Geiste und den klaren Vorschriften des Art. 31 der Wiener Convention gerade zu entgegen seyn würde.

Ueber eine interimistische Instruction in *dem* Sinne, wie sie der Art. 31 abgefasst haben will, hingegen, hat man sich bei der Zentral-Commission, nach beinahe sechsjährigen, vergeblichen Bemühungen, bis jetzt noch nicht vereinigen können.

Der wesentliche und einzige Zweck bei dieser Sache ist jedoch

unverkennbar der: dass *die Freiheit der Schifffahrt* wie sie in *Wien* ausgesprochen worden, endlich einmal in's Leben trete.

Die Vorschriften über die Art und Weise, oder über die Formen, unter welchen *der Wiener Vertrag* zum Vollzug gebracht werden sollte, erscheinen hingegen als eine ausserwesentliche Nebensache, welche dem zu erreichenden Zwecke niemals, und alsdann um so weniger in den Weg treten dürfen, wenn man bei Festsetzung derselben wie dieses bei der im Art. 51 der Wiener Convention vorgeschriebenen *interimistischen Instruction* offenbar der Fall ist, keine andere, als eine schnellere wenigstens theilweise Erreichung des Zweckes zur Absicht gehabt hat.

Anstatt dieser Absicht zu entsprechen, haben aber *die Verhandlungen der Zentral-Commission über die interimistische Instruction*, seit beinahe 6 Jahren vielmehr nur dazu gedient, die Schifffahrt auf dem Rheine, in ihren bisherigen Fesseln zu erhalten, und die Wiener Convention unvollzogen zu lassen.

Es scheint daher jetzt allerdings an der Zeit zu seyn, die *bisher* betretene Bahn zu verlassen, und wenigstens den Versuch zu machen; ob man nicht auf *directem* Wege, mittelst unmittelbarer Anheftung der Verhandlungen über den königl. preussischer Seits vorgelegten *Entwurf des definitiven Reglements* endlich einmal zu dem Ziele der freien Schifffahrt auf dem Rheine, und in Folgen derselben, auch auf dessen verschiedenen Nebenströmen gelangen könne!

Baden ist zu diesem Versuche bereit, und indem der grossherzogl. badische Bevollmächtigte, seine hiezu erforderlichen *Instructionen* nun mit jedem Tage entgegenseht, darf sich derselbe jetzt schon der Hoffnung überlassen, dass auch sämmtliche übrigen Herren Mitglieder der Zentral-Commission, ohne Ausnahme hiezu mitzuwirken, um so weniger Bedenken tragen dürften, als, einerseits bei dem jedoch nicht zu erwartenden Misslingen dieses Versuchs, ihren *respectiven* Regierungen, wie sich von selbst versteht, *alle, ihnen aus dem Art. 31*

der Wiener Convention erwachsenen Rechte, ohnehin vorbehalten bleiben; anderseits aber durch ein entgegengesetztes Benehmen, und das Beharren auf ausserwesentlichen, der Sache, die sie fördern sollten, bis jetzt nur hinderlich gewesenen *Vollzugsformen*, die bei den Verhandlungen der Zentral-Commission eigentlich zum Grunde liegenden Absichten, bei dem auf den bisherigen Gang derselben längst aufmerksam gewordenen, den Resultaten mit Ungeduld entgegenharrenden Publikum des Inn- und Auslandes, leicht in ein falsches, und eben dadurch unangenehmes Licht gesetzt werden könnten.

PAYS-BAS. En annonçant à M. M. mes très honorés collègues dans notre séance du 14 Decembre dernier (256. protocole) que j'étois autorisé, à prendre part aux discussions sur le projet de règlement définitif, présenté de la part de la Prusse, j'ajoutois en conséquence de mes instructions, que ma très haute cour, croyait nécessaire, que ces discussions ne fussent ouvertes, avant que, pour satisfaire à l'art. 31 de l'acte de Vienne, et assurer une norme provisoire, on n'aurait fait émaner l'instruction interimaire voulue par cet article.

M. M. mes collègues de Bade, Bavière, France, Hesse et Nassau déclarèrent en réponse, que: »concernant la norme demandée par le »gouvernement des Pays-Bas pour la durée de la négociation, ils »s'étaient suffisamment réservé leurs droits pour le maintien du status »quo par les conclusions du 21. Septembre et 25. Novembre, insérées »au 226. et 235. protocoles.«

Effectivement dans ce dernier protocole M. M. mes dits collègues avaient réitéré la demande: »qu'on voudroit de la part de la Prusse »maintenir l'état conventionnel de la navigation du rhin jusqu'à ce que »le règlement définitif serait sanctionné.«

Dans le 257. protocole j'ai déclaré, ce que je confirme aujourd'hui, que je croyais, que pour éviter tout retard, mon gouvernement se contenterait aussi, pour servir de norme intêrimaire, du maintien du status quo, c'est à dire de la convention de 1804 en laissant in sus-

penso, en attendant le résultat des discussions sur le projet de règlement définitif, la réalisation de la fin de l'art 51, » en indiquant toute » fois succinctement lesquels de ses articles se trouvent déjà supprimés » par les dispositions actuelles, et quelles autres dispositions il faut » déjà apresent y substituer« si le dit maintien serait formellement assuré de la manière prescrite par l'art. 51 et sous la réserve toute fois des droits émanans de la disposition finale susalleguée du dit Article.

Je relève ces antécédents pour marquer le degré de rapprochement, qui existe dans nos demandes, concernant le point préalable, agité dans les protocoles de la 236, 237 et 258^e séance.

Ce sur quoi nos opinions sont moins concordantes, c'est que M. M. mes dits collègues sont d'avis, que le maintien du statusquo et la réserve des droits, qu'on veut laisser in suspenso, étaient suffisamment fondés dans l'acte de Vienne même, et qu'il était superflû, d'en faire l'objet d'une instruction intérimaire, laquelle, suivant l'opinion de la cour de Bade énoncée dans le vote ci-dessus, était plus particulièrement destinée à l'indication des changemens à faire à la convention de 1804 au voeu de l'art. 51 de l'acte de Vienne et deviendrait inutile, dès qu'on se serait accordé, à laiser ces changemens in suspenso, d'autant plus, que l'obligation, fondée dans l'acte de Vienne, pour le maintien du status quo se trouvait reconnue par tous les sept états riverains.

La divergence d'opinions à cet égard fera place, je n'en doute pas, à un heureux accord, dès qu'il aura plû à M.^r le Commissaire de Prusse, de s'expliquer favorablement au nom de sa très haute cour sur ma déclaration du 14 Decembre et la réponse, que M. M. les autres Commissaires y ont faite, qu'il avait prise ad referendum; c'est à quoi j'ai l'honneur de l'inviter par la présente.

PREUSSEN. Da mein allerhöchster Hof sich dahin ausgesprochen hat, für die Discussionen des Definitiv - Reglements - Entwurfs einen Special - Commissarium hiehin zu senden, und mir vorgeschrieben ist,

den dazu bezeichneten Staatsbeamten in dem Augenblick davon zu benachrichtigen, wo alle meine verehrtesten Herren Collegen ihre Instructionen erhalten haben würden; so ist zu vermuthen, dass die Erörterung der Frage, über die verzögerte Anfertigung einer interimistischen Instruction, ebendenselben Staats-Beamten vorbehalten sey, und ich aus diesem Grunde keine Instructionen, sowohl in Bezug auf die Königl. Niederländische Erklärung vom 14. Dezember letzthin, als auf die dadurch veranlassten Vota erhalten habe; — unter welchen Umständen ich mich nur darauf beschränken kann, die Expedition gegenwärtigen Protokolls meinem Hofe sogleich einzusenden.

C O N C L U S U M.

I) Die Central-Commission ersucht den Königl. Preuss. Herrn Bevollmächtigten wiederholt, zu veranlassen, dass die im Protokoll vom 21. September v. J. und 11. Jänner verhandelte Beschwerde über die Einwirkung der Landzoll-Beamten in die Wasser-Transporte, durch eine beruhigende, das Ganze umfassende Erklärung erlediget werde.

II) Der Grossherzoglich Badische Herr Bevollmächtigte wird ersucht, die noch fehlende Instruction wegen des Königlich Preussischer Seits übergebenen Vertrags-Entwurfs dringend in Erinnerung zu bringen, indem alle übrigen Instructionen bereits eingegangen sind.

PREUSSEN. Ich halte mich an mein vorstehendes Votum.

247tes Protocoll vom 29. März 1822,

§. 2.

PRAESIDIUM. Da der Aufenthalt, welchen der Gang unserer Verhandlungen leidet, sich an den Instructions-Empfang des Badischen Herrn Bevollmächtigten anzuknüpfen scheint, so beehre ich mich, dem Ermessen der Herren Bevollmächtigten zu unterstellen, ob es Ihnen nicht

an der Zeit zu seyn scheine, bei ihren respektiven Höfen die nöthigen Schritte zu thun, damit dieser Aufenthalt bald möglichst aufhören möge, um sie zu ersuchen, dieserwegen bei Grossherzoglich Badischem Hofe einkommen zu wollen.

C O N C L U S U M.

Indem die Herren Mitglieder der Zentral-Commission die Meinung des Herrn Präsidenten theilen, nehmen sie vorstehenden Antrag ad referendum.

BADEN. Indem ich mich auf die vorläufig zum 245ten Protokoll vom 1. dieses Monats abgegebene Erklärung meines höchsten Hofes beziehe, nehme ich die vorstehende Insertion lediglich ad referendum.

250tes Protocoll vom 10. Mai 1822.

§. 2.

PRAESIDIUM. Eröffnet seinen hochgeehrten Herrn Collegen, dass der Grossherzoglich Badische Herr Bevollmächtigte, bei demselben die Anzeige gemacht, wie er von seinem höchsten Hofe Befehl erhalten, sich unverweilt nach Carlsruhe zu begeben, um den Final-Berathungen über die den K. Preussischen Entwurf eines definitiven Reglements für die Rheinschiffahrt betreffende Instructions-Ertheilung beizuwohnen, wornach also zu erwarten ist, dass gedachter Herr Bevollmächtigte bei seiner Rückkehr mit sothanen Instruction versehen seyn wird.

253tes Protocoll vom 26. Juni 1822.

BADEN. Von meinem höchsten Hofe mit den erforderlichen Instructions zur Unterhandlung über den K. Preussischer Seits vorgelegten Entwurf einer definitiven Rheinschiffahrts-Ordnung nunmehr versehen, beehre ich mich meinen hochgeschätzten Herrn Collegen hievon die Anzeige zu machen.

B E S C H L U S S.

Die Zentral - Commission sieht nunmehr der Ankunft des Königl. Preussischen Herrn Special - Bevollmächtigten, zur Eröffnung der Finalverhandlungen über den Königlich Preussischen Entwurf zum definitiv Reglement entgegen, und ersucht den Königlich Preussischen Herrn Bevollmächtigten die dessfalls erforderlichen Einleitungen gefälligst treffen zu wollen.

PAYS-BAS. Je me réunis à l'invitation qui précède, dans la supposition, à laquelle l'insertion de M.^r le Commissaire de Prusse au 245^e protocole m'autorise, e, à, d, que le plenipotentiaire de Prusse, dont il s'agit, se trouvera également muni d'instructions au sujet de la déclaration que j'ai eû l'honneur de faire, au nom de ma très haute cour, dans notre séance du 14. Decembre dr.

Si l'on ne peut pas nier, que le status quo de la convention de 1804 a éprouvé des détériorations contre lesquelles la Commission centrale s'est vû dans la nécessité de déclamer à différentes reprises, quoique non avec succès, et si l'on ne peut pas non-plus disconvenir, de ce que le projet de règlement définitif présenté de la part de la Prusse, contient certaines propositions qui peuvent renfermer le germe de discussions prolongées; il est aussi vrai de dire, que c'est agir dans l'intérêt de tous les états co-interessés, si le gouvernement des Pays-Bas, afin de voir garantir le dit status quo de toute détérioration jusqu'au commun accord sur le nouveau règlement persevere, ainsi qu'il le fait, à demander, qu'il soit satisfait sous ce rapport à l'art. 31 de l'acte de Vienne, avant de procéder aux discussions sur le dit projet d'un nouveau règlement, dans lequel encore, suivant, l'art. 32 du dit acte, la Commission centrale devra prendre à tâche, de conserver tout ce que la convention de 1804 renferme le bon et d'utile.

B E S C H L U S S.

Die Frage wegen Beibehaltung des Status quo auf dem Rhein, welche der Königlich Niederländische Herr Bevollmächtigte erneuert,

hat die Zentral-Commission bereits in ihren frühern Beschlüssen für so einfach und in den Verträgen entschieden angesehen; dass sie nicht anders glauben kann, als dass man sich darüber leicht wird verständigen, dass also daraus eine den Fortgang der Hauptsach hemmende Erörterung vor dem Beginnen der Unterhandlung über das definitiv Reglement gar nicht erforderlich werden wird.

PREUSSEN. Ich beschränke mich auf die Versicherung der schleunigen Einsendung des heutigen Protokolls, sowohl an meinen allerhöchsten Hof, als an den zum Spezial Bevollmächtigten für die Discussion des Entwurfs eines definitiv Reglements für die Rheinschiffahrt ernannten Herrn Regierungs-Chef-Präsidenten *Delius* nach Trier.

255tes Protocoll vom 24. Juli 1822,

§. 2.

PREUSSEN. In Bezug auf den ersten §. des Protocolls vom 26. des vorigen Monats, beehre ich mich meinen verehrtesten Herren Collegen anzuzeigen, dass der (in Gemässheit der im Protocoll vom 7. September des vorigen Jahrs erwähnten Note, die den allerhöchsten und höchsten Höfen der Uferstaaten direct diesseits zugestellt wurde) mit der Discussion des zugleich vorgelegten Entwurfs eines definitiven Reglements für die Rheinschiffahrt beauftragte Staats-Beamte, in der Person des Herrn Regierungs-Chef-Präsidenten *Delius* von Trier, angekommen ist, um diesem Geschäft statt meiner obzuliegen.

BADEN. Nachdem in Gemäsheit der vorstehenden Anzeige des Königlich Preussischen Herrn Bevollmächtigten, der Königlich Preussischer Seits zur Unterhandlung des definitiv-Reglements als Special-Bevollmächtigter, an seiner Stelle ernannte Herr Regierungs-Chef-Präsidenten *Delius* dahier angekommen; so ist der Grossherzoglich Badische Bevollmächtigte, in Erwartung der näheren Vorschläge seiner verehrten Herrn Collegen, in welcher Art der Königlich Preussische

Herr Bevollmächtigte in die Central-Commissions-Sitzung einzuführen seyn wird, seiner Seits des Dafürhaltens; dass dies, nach erfolgter Einladung des zeitlichen Herrn Präsidenten selbst geschehen dürfte.

BAIERN. Ich bezeige den Wunsch, dass der von Herrn Präsidenten *Jacobi* bezeichnete neue Herr Bevollmächtigte zu Eröffnung der Unterhandlungen über den Entwurf des definitiv-Reglements durch den zeitlichen Herrn Präsidenten ohne Aufschub eingeladen werde.

FRANCE. Comme Bade.

HESSEN. Ich bin der Meinung, dass der von dem Herrn Präsidenten *Jacobi* angekündigte Special-Bevollmächtigte Herr Präsident *Delius* vordersamst zur Sitzung einzuladen sey.

NASSAU. Die Einführung des Königlich Preussischen Herrn Regierungs-Chef-Präsidenten *Delius*, als Bevollmächtigter für die Unterhandlungen über das definitive Reglement, wird sogleich geschehen müssen, nachdem der Präsident Herr *Jacobi* seine Ankunft angezeigt hat.

PAYS-BAS. Dans la même supposition; qui m'avait engagé à me réunir à l'invitation collective du 26. Juin 1822 de M. M. mes très honorés collègues, de Bade, Bavière, France, Hesse et Nassau (§. 1. du 253. prot.) je me réunis aujourd'hui au desir de M. M. mes dits Collègues, de voir M.^r *Delius*, Chef-President de la Régence de Trêves, introduit dans notre séance.

CONCLUSUM.

Ist der Königlich Preussische Herr Regierungs-Chef-Präsident *Delius* durch das zeitliche Präsidium zur Sitzung einzuladen.

§. 3.

In Gemässheit des Beschlusses ad § phum 2, wurde der Königlich Preussische Herr Regierungs-Chef-Präsident *Delius* in die Sitzung eingeführt.

Präsidium drückte im Namen der Zentral-Commission die besondere Theilnahme aus, — indem durch das Eintreten des Königlichen Special Bevollmächtigten die Hoffnung erneuert werde, dass die Verhandlungen nunmehr bald zu dem Ziele gelangen werden, welches von sämmtlichen Bevollmächtigten so sehr gewünscht werde.

PREUSSEN. *Regierungs-Chef-Präsident Dilius*; bemerkt unter verbindlichen Rückäusserungen: wie sehr er sich durch die jetzt angeknüpfte Verbindung geehrt und durch den ihm zu Theil gewordenen freundlichen Empfang zu den schönsten Erwartungen für das gemeinschaftliche Geschäft berechtigt fühle. Die günstige Aufnahme »setzt er »hinzu,« welche Preussens Vorschläge schon bei den von Ihnen, meine sehr geehrten Herren, vertretenen allerhöchsten und höchsten Höfen gefunden haben, und Ihre persönlichen der guten Sache zugewandten Gesinnungen, beleben meine Hoffnung, dass wir durch gerechte Vereinigung aller Interessen den Zweck unserer Berathung bald und glücklich erreichen werden. Seit geraumer Zeit ist der von meinem allerhöchsten Hofe ausgegangene Entwurf, zu einer Rheinschiffahrts-Ordnung in Ihren Händen; Ich darf also darauf Bezug nehmen und nunmehr, da Sie sämmtlich mit den nöthigen Instructionen versehen sind, kraft meines Auftrages um gefällige Mittheilung Ihrer Erklärungen bitten. Ob solche nicht von jedem der Herren Bevollmächtigten im Zusammenhange abgegeben, dann in einen General Vortrag vereinigt, und die einer näheren Erörterung und Vereinbarung bedürftigen Punkte ausgehoben und zur Discussion gestellt werden sollen, muss ich dem Uebereinkommen meiner verehrten Herren Collegen anheim stellen. Diese Verhandlungsweise würde gleich anfangs eine nützliche Uebersicht gewähren, am leichtesten und gründlichsten zum Ziele führen, und mit der von Preussen bei der Abgebung seiner das Ganze umfassenden Vorschläge beachteten Form übereinstimmen.

PAYS-BAS, se réfère à son vote émis au §. 2 et se réserve de s'expliquer ultérieurement dans le présent protocole (voir son insertion qui suit plus bas).

PRAESIDIUM. Hierauf richtete Präsidium die weitere Frage an den Königlich Preussischen Herrn Regierungs-Chef-Präsidenten, die Central-Commission über die Form seiner Bevollmächtigung in Kenntniss setzen zu wollen.

PREUSSEN. *Regierungs - Chef - Präsident Delius;* Mit einer in diplomatischer Form ausgefertigten Vollmacht bin ich für den Augenblick noch nicht versehen. Ohne dieselbe abzuwarten, habe ich aus Rücksichten, welche der gemeinschaftlichen Angelegenheit gewidmet sind, meine Reise hieher beschleunigt. Die förmlichen Benachrichtigungen, welche in Beziehung auf meine Ernennung an sämtliche betheiligte Höfe sowohl, als an die Central - Commission ergangen sind, scheinen, verbunden mit der jetzt durch den Herrn Präsidenten *Jacobi* abgegebenen Erklärung, vollkommen geeignet jedes Bedenken über die Legalität meiner Mitwirkung zu heben. Ich werde mich zwar beeilen den Wunsch der Zentral - Commission, wegen Befriedigung der Form, meiner höchsten Behörde noch besonders vorzutragen, halte mich jedoch durch die von den verehrlichen Mitgliedern der Commission geäußerten Gesinnungen sowohl, als durch ein früher schon in Beziehung auf nachträgliche Bevollmächtigung der Herren Commissarien von Baiern und Nassau beachtetes Verfahren, zu dem Wunsch und zu der Erwartung berechtigt, dass hieraus keine Veranlassung entnommen werde, die Eröffnung unserer Verhandlungen über das definitiv - Reglement noch weiter hinauszuschieben.

BADEN. Die Versehung eines Bevollmächtigten, mit einer seinen Auftrag beglaubigenden speciellen Vollmacht, ist so sehr durch Gesetz und Herkommen begründet, dass das Erscheinen eines Solchen, ohne damit von seinem respectiven Committenten versehen zu seyn, nur als Abweichung von einer allgemein beobachteten Regel bei allen Verhandlungen, angesehen werden kann.

Wenn daher die von ihren allerhöchsten und höchsten Commit-
tenten mit den erforderlichen Vollmachten versehenen, zur Unterhand-

lung über den königlich preussischer Seits vorgelegten Entwurf eines definitiv - Reglement über die Rheinschiffahrt instruirten Mitglieder der Zentral - Commission, den von ihrem Collegen, dem königlich preussischen Herrn Bevollmächtigten, Präsidenten *Jacobi*, als Special - Bevollmächtigten für die anzugehende Separat - Unterhandlung, angekündigten, nach gefasstem Commissions - Beschlusse von heutigem Tage in ihre Mitte eingeführten Herrn Regierungs - Chef - Präsidenten *Delius*, vorerst als Solchen empfangen; so erachtet es der Bevollmächtigte Badens, sowohl den gleichen Rechten seines höchsten Hofes, als seiner Stellung zur Zentral - Commission schuldig zu seyn, diese vorläufige Anerkennung als einen Beweis entgegenkommender Bereitwilligkeit zu erklären, sich, vorbehaltlich näherer Beglaubigung, in vorbereitende Besprechungen, mit dem Herrn Regierungs - Chef - Präsidenten *Delius* über die bevorstehende Unterhandlung einzulassen.

BAIERN. Da der zur Unterhandlung und Vollendung eines definitiv - Reglement für die Rheinschiffahrt bestimmte königlich preussische Special - Bevollmächtigte, Herr Regierungs - Chef - Präsident *Delius* die Gründe mitgetheilt hat, aus welchen ihm die Vollmacht seines allerhöchsten Hofes noch abgeht, und damit zugleich die Versicherung verbindet, dieselbe nachzubringen, so waltet, meiner Seits, kein Anstand ob, die Special - Protocolle über das definitiv - Reglement unverzüglich zu eröffnen.

FRANCE. N'hésite pas, à se prononcer pour l'admission de M.^r le Président *Delius*, en qualité de Commissaire spécial pour les discussions sur le Règlement définitif, en s'appuyant à cet égard sur le précédent qui a eu lieu en faveur de M. M. les Commissaires de Bavière et de Nassau, lors de la première réunion de la Commission centrale.

HESSEN. Ich nehme nicht den geringsten Anstand, den Herrn Chef - Präsidenten unter dem Versprechen, seine Vollmacht demnächst noch beizubringen, sogleich zu den beabsichtigten Deliberationen zu admittiren.

NASSAU. Nimmt keinen Anstand, die Discussionen über das definitive Reglement ohne Aufenthalt anzugehen, in der Erwartung, dass der berührte Punkt der Bevollmächtigung von königlich preussischer Seite erledigt werden wird.

PAYS-BAS. Je partage les observations de M.^r mon très honoré collègue de Bade au sujet des pouvoirs, persuadé d'ailleurs, que Monsieur le Chef-Président *Delius* fera les démarches convenables pour se mettre en règle sous ce rapport.

PREUSSEN. *Regierungs-Chef-Präsident Delius*; Ich bin erfreut sämtliche sehr geehrte Mitglieder der Zentral-Commission durch meine Erklärung über den Legitimations-Punkt vorläufig befriedigt zu haben, und erlaube mir nun den Wunsch auszudrücken, dass die Verhandlungen über das definitiv-Reglement sogleich eröffnet werden mögen.

PAYS-BAS. Je me réfère expressément à mes insertions précédentes comme à celle, qui suit cy-après:

J'avais eu l'honneur de déclarer dans notre séance du 14. Decembre 1821, par rapport au projet d'un règlement définitif pour la navigation du Rhin, présenté de la part du gouvernement de Prusse:

que d'après les instructions reçues de ma très haute cour, je prendrois part aux discussions sur le dit projet, mais que, vu l'importance du sujet, qui donneroit lieu à beaucoup de considérations et de négociations, le gouvernement des Pays-Bas trouvant nécessaire, que les dites discussions ne fussent ouvertes, qu'après, que, pour satisfaire à l'art. 51 de l'acte de Vienne, concernant la navigation du Rhin, on aurait fait émaner l'Instruction intérimaire voulue par cet article, afin qu'il y eut une règle, à laquelle, durant les négociations, tous les intéressés auraient à se conformer.

M. M. mes très honorés collègues de Bade, Bavière, France, Hesse et Nassau ont établi, en substance, dans leurs votes collectifs et individuels, concernant ma déclaration cy-dessus, que c'était le status

quo, qui devait servir de règle provisoire, que ce *status quo* se trouvait *tacitement* assuré dans l'acte de Vienne, qu'on s'était suffisamment réservé ses droits au maintien du dit *status quo* par plusieurs conclusions, que donc l'émanation d'une Instruction intérimaire, qui, à défaut d'un commun accord sur les changemens à introduire de suite au vœu de l'art. 31 se bornerait au maintien seul de ce même *status quo*, n'était pas nécessaire et ne remplirait pas complètement le but de l'art. 31 précité.

Dans les développemens ultérieurs de ma déclaration du 14. Décembre 1821 amenés par les objections susalléguées, je me suis appliqué à faire sentir à M. M. mes très honorés collègues, que l'expérience avait prouvé, combien peu l'on pouvait compter sur la solidité de ce soi-disant *status quo*, *tacitement* établi par l'acte de Vienne, et l'efficacité des réserves faites en vue de son maintien; que c'est précisément cette circonstance et la considération, qui en découle, qui avait engagé le Gouvernement des Pays-Bas, à insister, dans l'intérêt de tous les co-intéressés, sur l'émanation préalable d'une instruction intérimaire, qui pouvait seule remplir, de la manière voulûe par l'acte de Vienne, notre désir commun, également conforme aux intentions des auteurs de cet acte, et à l'intérêt bien entendu de la navigation et du commerce du Rhin: que du moins le *status quo* conventionnel soit maintenû sur le Rhin, jusqu'à ce que le nouvel ordre des choses aurait commencé, désir, dont jusqu'ici on a envain cherché la réalisation dans des réclamations et réserves, provoquées successivement par des détériorations du *status quo* en question.

Aussi, en insistant sur l'émanation préalable d'une Instruction intérimaire, avant que de procéder aux discussions du projet de règlement définitif, le Gouvernement des Pays-Bas ne pouvait pas avoir l'intention, de faire renouveler les inutiles efforts, que depuis 6 ans, la Commission centrale a faits, à l'effet de tomber d'accord sur la question de savoir, si, pour remplir complètement le vœu de l'art. 31, l'aboli-

tion de fait des relâches forcées de Cologne et de Mayence et l'introduction du nouveau tarif, devaient se réaliser déjà par l'instruction intérimaire, ou bien, si cette réalisation était du ressort du règlement définitif.

J'ai donné à connôître, que j'étais autorisé à coopérer à la confection d'une Instruction intérimaire, qui, sauf les réserves convenables, laisseroit ces deux points litigieux *in suspenso*, puisque la divergence d'opinions à l'égard de ces deux points, bien qu'elle pouvait et devait donner lieu à des réservations de part ou d'autre, ne fournissait pas un motif valable, pour abandonner tout-à-fait l'exécution d'un prescrit positif de l'acte de Vienne: l'émanation d'une Instruction intérimaire, et de perdre de vue son but principal, d'assurer, jusqu'à la confection et sanction du nouveau règlement, un ordre de choses provisoire, réclamé par les intérêts réunis du commerce et de la navigation du Rhin. Il aurait été superflû d'ajouter l'observation, que la confection d'une Instruction intérimaire qui, conçue dans ce sens, ordonnerait de suivre jusqu'à la publication du règlement définitif, la convention de 1804, en indiquant succinctement les changemens sur lesquels on est tombé d'accord (tels que ceux dont parle le publicandum de la Commission centrale du 10. Octobre 1817) et en se réservant ses droits à l'égard des changemens litigieux, pour les faire revivre, si contre toute attente, les discussions sur le projet en question n'auraient pas la réussite désirée, que la confection d'une telle instruction intérimaire, dis-je, ne demandant que très peu de tems, ne retarderait nullement l'ouverture des discussions du projet de règlement définitif.

Tel est l'état de la question entre M. M. mes collègues de Bade, Bavière, France, Hesse, Nassau et moi.

M.^r le Commissaire de Prusse ne s'est pas jusqu'ici expliqué au nom de sa très haute cour au sujet de la déclaration du 14. Decembre 1821, que j'avais eu l'honneur de faire au nom de mon Gouvernement, et dont les developpemens auront fait voir qu'elle se rapproche de très

près des intentions de sa très haute cour, si je suis bien informé du contenu de la note, qui accompagna le projet de règlement définitif, envoyé aux cours intéressées et autres de l'Allemagne.

Dans la séance du 14. Decembre il avait cependant déclaré, qu'il s'empresserait d'envoyer à son Gouvernement et ma dite déclaration et la reponse, que les autres Commissaires y ont faite, et dans la séance du 18. Decembre, où le même point fut agité entre M. M. mes collègues et moi, il déclara s'abstenir d'entrer dans cette discussion puisqu'il était possible, que son Gouvernement ne voudrait pas contester à celui des Pays - Bas le droit, d'insister encore à présent, à ce qu'une Instruction intérimaire soit dressée avant toutes choses, et dans la séance du 1. Mars d.^{er} il repliqua à ma demande en explication, qu'il *était à supposer*, que sa cour jugeroit à propos, de faire soutenir la question dont s'agit au même fonctionnaire, qu'elle enverrait pour les discussions du règlement définitif, et que c'était la la raison, pour laquelle il n'avait pas reçu des instructions relatives à ma dite déclaration. C'est dans cette supposition aussi que je me suis réuni à l'invitation collective du 26. Juin 1822 (§. 1 du 255^e Protocolle) et à celle de ce jour (§. II. du présent protocole.)

C'est encore dans cette supposition, que je m'adresse à Monsieur le président *Delius* (sauf la régularisation des pouvoirs, dont il est question cy-dessus) pour lui exprimer mon désir, d'obtenir une explication de la part de sa très haute cour, relativement à la déclaration faite au nom de mon Gouvernement le 14. Decembre dernier concernant l'émanation d'une Instruction intérimaire, comme point préalable à vider, avant de procéder aux discussions du projet de règlement définitif.

PREUSSEN. *Regierungs-Chef-Präsident Delius*; Der Einladung welche von Seiten der hochlöblichen Zentral-Commission durch den Herrn Präsidenten *Jacobi* an mich ergangen ist, bin ich um so bereitwilliger gefolgt, als sie die Voraussetzung begründete, dass den Be-

rathungen über den von meinem allerhöchsten Hofe schon vor 10 Monaten mitgetheilten Entwurf zur Rheinschiffahrts-Ordnung weiter kein Hinderniss entgegen stehen würde. Aus der eben abgegebenen Erklärung des königlich niederländischen Herrn Bevollmächtigten entnehme ich, mit Bedauern, dass noch Bedenken obwalten über das Verfahren, welches die königlich preussische Regierung, während den vorsehenden Verhandlungen, in Beziehung auf die Rheinschiffahrt, beachten werde. Die Vorgänge, welche hierzu Anlass gegeben haben sollen, sind mir unbekannt. Erörterungen über dieselben, gehören nicht zu meinem Auftrage, sondern zu den currenten Geschäften der Zentral-Commission, an denen ich bekanntlich keinen Theil zu nehmen angewiesen bin. Nur so viel kann ich zu bemerken die Ehre haben, dass, nach Erkundigungen, die ich bei den hiesigen Schiffahrts-Beamten und in Coblenz eingelesen habe, daselbst von den königlichen Mauth-Beamten das schonendste Verfahren beachtet wird, und dass Seitens der Rheinschiffer keine Klagen über unwillkührliche Behandlung geführt werden.

Wenn irgendwo noch Besorgnisse bestehen: so können sie zuverlässig nicht besser und nicht schneller als durch die Beförderung des Abschlusses eines definitiv - Reglements gehoben werden. Ich darf übrigens wohl verbürgen, dass im Lauf unserer Verhandlungen über dasselbe keine *gegründete* Beschwerden gegen die Preussischen Zollbeamten vorkommen werden; jedenfalls würde es meinem allerhöchsten Hofe nie an Geneigtheit fehlen, solche abstellen zu lassen, ohne dass sie einen störenden Einfluss auf den Fortgang des Hauptgeschäfts zu äussern brauchten. Sofern die Erklärung gewünscht wird, dass die Preussische Regierung weit entfernt sey, während den Verhandlungen, an denen mir Theil zu nehmen vergönnt ist, den gegenwärtigen Zustand der Rheinschiffahrt verschlimmern oder Neuerungen, welche mit den vorliegenden Verträgen in Widerspruch stehen, gestatten zu wollen: so ist diese schon in der Sache selbst liegende Erklärung nicht

dem mindesten Bedenken unterworfen, kraft meiner Ueberzeugung von den Gesinnungen meines allerhöchsten Hofes, und in der billigen Voraussetzung, dass die Bevollmächtigten sämmtlicher mitberechtigten Uferstaaten ihrerseits gleiche Verbindlichkeit anerkennen, und dass die Berathungen über den Entwurf zur Rheinschiffahrts-Ordnung, ohne weitem Verzug, beginnen werden.

Ich überlasse mich der angenehmen Hoffnung, hierdurch, alle Anstände beseitiget zu sehen, welche heute von dem königlich niederländischen Herrn Bevollmächtigten, und früher von der Zentral-Commission über die einstweilige Handhabung des conventionsmässigen Zustandes der Rheinschiffahrt, erhoben worden sind.

Die preussische Regierung hat einen offenkundigen Beweis gegeben von ihrer Bereitwilligkeit, die Verträge zu erfüllen und mittelst Vereinigung der Interessen aller Uferstaaten, unter dem Gesichtspunkte der vollkommensten Rechtsgleichheit auf die bleibende Feststellung der Rheinschiffahrts-Verhältnisse hinzuwirken. Sie ist daher auch von *jeder* mitbetheiligten Regierung gleiche Geneigtheit vertrauensvoll zu erwarten berechtigt.

BADEN. Auf die zu diesem Protocolle abgegebene Erklärung des königlich preussischen Herrn Special-Bevollmächtigten, *die Vorfrage wegen Aufrechthaltung des bestehenden Zustandes auf dem Rheine betreffend*, sieht sich der Bevollmächtigte, vorbehaltlich näherer Erörterung dieser Frage, zu den nachfolgenden Bemerkungen veranlasst: Die übereinstimmenden Beschlüsse der Zentral-Commission vom 6. April, 25. Mai, 1. und 15. Juni, 21. September und 25. November v. J. lassen nicht den mindesten Zweifel übrig, über das, *die Vorfrage wegen des Status quo begründende Verlangen der Zentral-Commission*, welches durch die Beschlüsse vom 11. Jänner und 1. März d. J. erneuert, aber königlich preussischer Seits bisher ohne befriedigende Erwiderung geblieben ist. — Wenn daher insbesondere von Seiten Badens, bezüglich auf den neuesten, von der Zentral-Commission in

dem 253. Protocoll vom 26. Juni d. J. (§. 1.) gefassten Beschluss, die erwähnte Vorfrage betreffend, bestimmt darauf angetragen, und auf dem conventions-gemässen Verlangen bestanden wird; dass der bezeichnete Status quo, *während der bevorstehenden Unterhandlung*, nicht nur gegen alle Deteriorationen gesichert und gehandhabt; sondern auch alles dasjenige, was *immittelst* zum Nachtheile desselben, und der Octroi-Convention von 1804 zuwider, geschehen, beseitigt, und soweit der besagte Status quo dadurch *factisch* verletzt ist, derselbe vordersamst wiederhergestellt werde; so wird hiermit nichts weiter verlangt, als was der *gemeinschaftliche* Beschluss der Zentral-Commission vom 1. März l. J. ausdrücklich genug bezeichnet, dessen erster hier einschlagender Absatz lautet wie folgt: »Die Zentral-Commission ersucht den königlich preussischen Herrn Bevollmächtigten wiederholt zu veranlassen, dass die im Protocoll vom 21. September vorig und 11. Jänner l. J. verhandelte *Beschwerde über die Einwirkung der Landzoll-Beamten in die Wassertransporte, durch eine beruhigende, das Ganze umfassende Erklärung erledigt werde.*« — Damit ist sowohl der conventionsgemässe Status quo, welcher *vordersamst* verlangt wird *speciell* genug, in Hinsicht auf *Zeit* und *Ausdehnung*, als auch der durch die Einführung des materiellen Verifications-Systems in Coblenz herbeigeführte, notorisch-*factische* Zustand, bezeichnet, über dessen Aufhören der Zentral-Commission durch die provisorische Verwaltungs-Behörde noch keine Anzeige zugegangen.

BAIERN. Die Rheinschiffahrts-Ordnung, wie sie im Jahr 1804 als Norm für den conventionellen Rhein von den contrahirenden Souverainen unterzeichnet wurde, besteht *de facto* nicht mehr. — Ich will die wesentlichen Abweichungen hier nicht aufzählen; sie sind uns alle bekannt. — Ich bemerke nur, dass von Jahr zu Jahr sich deren Neue angereihet haben, durch welche zum Theil der Zustand der Schiffahrt wesentlich verschlimmert wurde.

Daraus geht hervor, dass man den *gegenwärtigen Zustand* von jenem unterscheiden müsse, welcher im Jahr 1804 gesetzlich eingeführt wurde.

Bisher hat man den Status quo, und die Norm, welche das Gesetz von 1804 vorschreibt, für einerlei genommen.

Wenn der Status quo, auf eine Dauer langwieriger Unterhandlungen beibehalten werden sollte, so könnte gefragt werden, von welcher Zeitperiode derselbe zu fixiren sey. Soll es jener vom Jahr 1804, oder vom Jahr 1815 et 14, oder vom Jahr 1815, oder vom Jahr 1822 seyn?

Da hierbei die Frage entstehen würde, ob frühere Abänderungen, die ohne gemeinschaftliche Uebereinkunft eingeführt worden sind, ein höheres Recht hätten, vor der Hand stehen zu bleiben, als spätere, oder ob ein Uferstaat hierbei ein Vorrecht vor den Andern habe? und beides nicht bejahet werden kann, weil es unrecht wäre, zugleich die Meinungen über Bestimmung dieser Zeitperiode, von welcher der Status quo ausgehen sollte, in der Zentral-Commission aus dieser Ursache schwer zu vereinigen seyn dürften, so schlage ich vor: die auf dem Rhein vorgenommenen Veränderungen in folgende zwey Rubricen einzutheilen;

1) in solche Veränderungen die früher durch die französische Regierung und den Churerzkanzler, und später durch die Zentral-Commission genehmigt worden sind, und

2) in solche, welche ohne Uebereinstimmung der gemeinschaftlichen Besitzer des Stroms, einseitig zur Execution kamen. Letztere müssten demnach sogleich abgeändert, und der frühere Zustand hergestellt werden.

Uebrigens bekenne ich, dass bei der allgemeinen Theilnahme und dem guten Willen, ein Definitiv Reglement baldmöglichst der Sanction der Uferstaaten zu unterlegen, die Bestimmung des Status quo auf eine oder die andere Art für diesen Augenblick, ohne gefährliche Folgen

seyn dürfte, da man seit den 6 Jahren der versammelten Zentral-Commission, über diese Frage in keine Verlegenheit gekommen ist.

In der sichern Erwartung, dass man sich über eine definitive Verordnung bald möglichst vereinigen werde, bedarf es um so weniger besonderer Vorsichts-Maasregeln, als bei diesem Versuche, — sollte er wirklich und wieder alles Erwarten misslingen, den Uferstaaten alle Rechten vorbehalten bleiben, die Denselben aus der Wiener-Convention vom 24. März 1815 erwachsen sind, worauf ich mich hier insbesondere für meinen allerhöchsten Hof beziehe. Auf obige Erklärungen und Gründe gestützt, beruhige ich mich vor der Hand mit den Versicherungen des königlich preussischen Herrn Special-Bevollmächtigten, im allgemeinen wegen des Status quo, und insbesondere wegen der Douanen-Verhältnisse auf dem Rhein; da seit dem 11. Januar 1822, als dem Termin der letzten Aufforderung an Preussen (um sich über die Douanen Behandlung der Schiffe auf dem Rhein näher zu erklären) keine weitere Klagen der Art bei der Zentral-Commission eingekommen sind; und dieser Punkt der Freiheit ein wesentlicher Artikel in dem definitiven Reglement seyn wird.

Aus eben dieser Ursache wird es auch dem königlich preussischen Herrn Special-Bevollmächtigten nicht schwer seyn, sich über diesen Punkt noch näher und bestimmter zu erklären, in so ferne man sich in der Zentral-Commission mit der gegebenen Auskunft nicht beruhigen wollte.

FRANCE. Je dois regretter, que les assurances que M.^r le Président *Delius* a données à la Commission centrale sur les intentions de son Gouvernement pour le maintien du status quo pendant la durée des discussions sur le règlement définitif, ne remontent pas à l'époque de l'année 1821 et attendu que j'ai pris part, au nom de mon Gouvernement aux conclusions de la Commission centrale, inserées aux 210, 215, 217, 226, 253 et 259^e Procès-Verbaux, par lesquelles la

Commission a continuellement revendiqué le rétablissement du status quo legal de la convention de 1804, interrompu par l'introduction de la vérification materielle des Douanes sur le Rhin prussien, et conséquemment par anticipation aux dispositions du Règlement définitif, dont le projet soumis par la Prusse, doit servir de base à nos négociations, — je ne puis en aucune manière me desister du contenu de ces mêmes conclusions, et, attendu que d'après la déclaration même de Monsieur le Président *Delius*, leur objet se trouvait en dehors de ses attributions de Commissaire spécial, je dois avant tout rendre la Commission centrale attentive sur la nécessité de revenir maintenant sur l'invitation adressée en dernier lieu au 245^e Protocole à M.^r le Président *Jacobi*, de vouloir bien donner sur l'objêt des conclusions alléguées cy dessus, et *au nom de sa cour*, une reponse satisfaisante et d'autant plus à désirer, que dans l'état actuel de la négociation, elle servirait sans doute de point de rapprochement entre la demande préliminaire de M.^r le Commissaire de Pays-Bas et l'opinion de M. M. les autres Commissaires et permettrait de passer ensuite aux discussions sur le règlement définitif.

HESSEN. Die von dem königlich preussischen Herrn Special-Commissär zugesicherte Aufrechthaltung des Status quo der Rheinschiffahrt während der Verhandlungen über das definitive Reglement würde vollkommen beruhigend seyn, wenn Statt des Ausdrucks: *gegenwärtiger Zustand* ein anderer, der Lage der Sache angemessenerer gewählt worden wäre. Der gegenwärtige Zustand ist grade derjenige, über den man sich im Frühjahre 1821, bei den damals eingetretenen Vertragswidrigen Neuerungen feierlich beschwert und deren Zurücknahme man verlangt hat. Dieses Begehren ist aber noch nicht gewährt worden, und jene Neuerungen dauern noch immer fort, wie man durch Schiffer beweisen kann.

Es ist also nicht der gegenwärtige Zustand, dessen Beibehaltung man wünscht, sondern der Zustand, wie er im Anfange des Jahres

1821 gewesen ist. Ich hoffe, dass der königlich preussische Herr Special-Commissär die Bezeichnung dieser Epoche noch in seine Erklärung aufnehmen wird, und das um so mehr, als er uns in derselben die tröstliche Versicherung gibt, dass, wenn irgend, wo noch Besorgnisse bestehen, solche durch den Abschluss des definitiven Reglements gehoben werden können.

NASSAU. In Folge der so eben abgegebenen Erklärung des königlich preussischen Herren Bevollmächtigten, — dass die königlich preussische Regierung weit entfernt sey, während den Verhandlungen den Zustand der Rheinschiffahrt verschlimmern oder Neuerungen, welche mit den vorliegenden Verträgen in Widerspruch stehen, gestatten zu wollen, und indem ich unterstelle, dass in Gemätheit dieser Erklärung alle weitere Untersuchung der Schiffe auf dem Strom an den königlich preussischen Grenzen aufhören, — wenn sie in diesem Augenblick noch statt finden sollte, — und lediglich das Begleitungssystem angewendet werden wird, bin ich meiner Seits bereit, die Berathungen über den Entwurf zu einem definitiv - Reglement sogleich zu beginnen. —

Zugleich soll ich jedoch im Namen meines höchsten Hofes erklären, dass man herzoglich nassauischer Seits auf die Erörterung des Entwurfs zum definitiv - Reglement nur in der Voraussetzung dermalen schon eingetret, dass der Wiener - Vertrag selbst auf diesem, von den Bestimmungen dieses Vertrages abweichenden Weeg am nächsten zum Vollzug zu bringen sey, — dass man sich jedoch in dem unverhofften Fall des Nichtgelingens vorbehalte, auf die Bestimmungen Art. 31 des Wiener Vertrages zurückzukommen, vermöge welcher der Umschlagszwang, — ohne Rücksicht auf die dem definitiv - Reglement vorbehaltenen Bestimmungen, schon durch die interimistische Instruction aufzuheben, — und mit der partiellen Perception auch der nun blos durch einfachen Calcul aufzufindende Tarif zu verbinden war.

PAYS-BAS. Pour ce que M.^r le Président *Delius* dit au commencement de son insertion précédente par rapport à l'invitation, qui lui est parvenue de la part de la Commission centrale, je me réfère, quant à moi, à mon insertion au §. 1 du 253^e protocole, rappelée déjà au §. 2 du présent protocole.

Au reste je prends cette reponse de M.^r le Président *Delius* in toto ad referendum.

PREUSSEN. *Regierungs - Chef - Präsident Delius*; Auf die Vota der Herren Bevollmächtigten von Baden, Frankreich und Niederland, beehre ich mich zu bemerken, dass ich grade durch meine ad §. 3 abgegebene Erklärung wegen des Status quo zu beruhigen bemüht gewesen bin; in der Hoffnung dadurch die Bahn zu einer erfolgreichen Geschäftsbehandlung zu brechen, und einer Vertagung vorzubeugen, welche mit dem jetzt erklärten Bedürfniss der Berichterstattung einzutreten scheint. So sehr es mich schmerzt, dass ich hierdurch vorerst ausser Stand gesetzt werde, meinem Auftrage zu genügen; eben so sehr wird es gewiss in den Wünschen sämmtlicher verehrten Mitglieder der Zentral-Commission liegen, dass ähnliche Unterbrechungen durch die Vollständigkeit der Instructionen möglichst vermieden werden mögen.

Mit meinen hochgeehrten Herren Collegen von Baiern und Nassau bin ich für den Fall, dass ein definitiv-Reglement nicht zu Stande kommen sollte, über die Fortdauer der Rechtsverhältnisse, welche aus dem Wiener Vertrage vom 24. März 1815 erwachsen sind, vollkommen einverstanden.

PAYS-BAS. Je prends la déclaration précédente également ad referendum, en observant seulement, que mes instructions, étant calculées sur l'exacte observation de l'acte de Vienne, ne prévoient nullement les cas de déviation.

C O N C L U S U M.

In Erwartung dass der königlich preussische Herr Special-Bevollmächtigte die Bemerkungen, in den einzelnen Votis, wegen dermalen

noch bestehenden Beschwerden der Schiffer, beruhigend erledigen wird, beschliesst die Zentral-Commission nach der Mehrheit der Stimmen, dass nunmehr das Separat-Protocoll zu eröffnen, und darin die Abstimmungen derjenigen aufzunehmen seyen, die dazu von ihren höchsten Höfen beauftragt sind.

PAYS-BAS. En me référant à mes insertions antérieures au présent protocole je prends également la déclaration collective qui précède, sous le nom de conclusion, ad referendum, me bornant pour le moment à l'observation qu'en fait de règlement définitif, je ne peux pas reconnoître la validité de conclusions ou discussions de la majorité. — Au reste je ne doute pas que sous bref délai, je me trouverai à même de communiquer en Commission centrale les résolutions de ma très haute cour.

PREUSSEN. *Regierungs-Chef-Präsident Delius*; Indem ich mich auf meine bereits abgegebene Erklärung beziehe, und solche zur allgemeinen Befriedigung für hinreichend erachte, trage ich kein Bedenken, mich zur baldigsten Berichtserstattung über die von meinen sehr geehrten Herren Collegen geäusserten Wünsche, an meine vorgesetzte Behörde zu verpflichten und im Voraus zu versichern, dass dieselbe die Geneigtheit der Zentral-Commission die gemeinschaftliche Angelegenheit ernstlich zu befördern, anerkennen, und jedes Hinderniss, welches im Laufe der Verhandlungen sich ergeben möchte, ihrerseits gern zu entfernen bemüht seyn wird.

PAYS-BAS. En se référant à ses insertions précédentes prend ad referendum l'insertion cy - dessus de M.^r le Commissaire spécial de Prusse.

C O N C L U S U M.

Die Zentral-Commission hofft nunmehr, dass die zu erwartenden Instructionen von dem königlich niederländischen Herrn Bevollmächtigten bald in den Stand setzen werden, die gemeinschaftlichen Verhandlungen über das definitiv-Reglement anzugehen.

Hierauf wurde das Protocoll geschlossen, am Tag, Monat und Jahr wie oben.

Gez. Ritter von *Rössler*.

„ *Büchler*.

„ von *Nau*.

„ *Engelhardt*.

„ *Pietsch*.

„ *Bourcourd*.

„ *Jacobi* für §. 1 und 2 dieses Protocolls.

„ *Delius*.

257tes Protocoll vom 24. August 1822.

§. 1.

NASSAU. Der königlich niederländische Herr Bevollmächtigte wiederholt in seiner Abstimmung zum 255^e Protocoll, die Einladung an die mitbetheiligten Höfe, den Zustand der Rheinschiffahrt nach Maasgabe der Convention von 1804 durch einen besonderen Vertragsact sicher zu stellen, bevor die Zentral-Commission zu den Discussionen über das definitiv Reglement hinüber zu gehen habe.

Derselbe unterstützt wiederholt diese Ansicht durch die Behauptung, dass auf solche Weise dem Art. 51 der Wiener Convention, wenn auch nicht vollständig, doch theilweise ein Genüge geleistet werde.

In Beziehung auf die Abstimmung zu demselben Protocoll, welche mein höchster Hof hat abgeben lassen, bin ich weiter beauftragt, den nachfolgenden Gesichtspunkt nochmals hervor zu heben.

Die Forderung, — eine Vertragsbestimmung *theilweise* zu vollziehen, erscheint gegenüber den Mitbetheiligten als eine ganz neue Forderung: — und der Theil, welcher sie aufstellt, findet dazu in

dem Buchstaben, Sinn und Geist des Vertrags selbst keine Stütze, und ein solcher Vorschlag kann daher einer ausser dem Vertrag liegenden Proposition gleichgeachtet werden.

Es ist von Anfang der Unterhandlungen an gezeigt worden, dass der Art. 51 nach der Ansicht des Wiener Congresses mehr wolle, als die bloße Vereinbarung über einen auf die Convention vom Jahr 1804 gegründeten Statum quo, während der Unterhandlung: man wollte die Stapel sogleich aufheben, den Tarif sogleich umlegen, damit die Vollziehung dieser wesentlichen und entschiedenen Punkte, welche mit der Convention vom Jahr 1804 durch die Congress-Akte in eine Linie gestellt worden sind, an keine Weiterungen mehr geknüpft werde.

Keine andere Auslegung hat der königlich niederländische Herr Bevollmächtigte dem Art. 51, welcher sagt:

»La Commission centrale se réunira au plutôt le premier de Juin
 »1815. A cette même époque la perception partielle des droits
 »sera substituée à la perception commune, et l'on fera émaner,
 »au nom de tous les états riverains, une instruction intérimaire,
 »par laquelle on ordonnera, de suivre, jusqu'à la confection et
 »sanction définitive du nouveau règlement, la convention du 15.
 »Août 1804, *en indiquant toutefois succinctement lesquels de ses*
»articles se trouvent déjà supprimés par les dispositions actuelles,
»et quelles autres dispositions il faut déjà à présent y
»substituer.«

von Anfang an gegeben, und nichts würde sich jetzt weniger mit der Lage der Unterhandlungen, nach einer Dauer so vieler Jahre, vertragen, als wenn man sich jetzt erst damit beschäftigen wollte, den Art. 51 und zwar nicht einmal vollständig, wie es die Convention bei dem Beginn der Verhandlungen verlangte, sondern nach dem Vorschlag des niederländischen Herrn Bevollmächtigten Theilweise zu vollziehen. Man ist daher übereingekommen, die Vollziehung des ganzen Artikels in suspenso zu lassen, sogleich die Vereinbarung über das definitiv Re-

glement selbst zu versuchen, und den ältern Statum quo durch die bestehenden Verträge für hinlänglich garantirt zu erklären.

Da alle betheiligten Höfe, ausser dem königlich niederländischen, mit diesem Auskunft-Mittel einverstanden sind; so ist zur Beförderung des Zwecks dringend zu wünschen, dass der königlich niederländische allerhöchste Hof dieser Vereinbarung ebenfalls noch beitreten möge. Von nassauischer Seite sieht man in dieser Hinsicht vertrauensvoll den weiteren Eröffnungen des königlichen Bevollmächtigten entgegen.

Indem ich beauftragt bin, dieses zu Protokoll zu erklären, soll ich auch der Ansicht des königlich preussischen allerhöchsten Hofes beitreten, dass es zweckmässig seyn würde, wenn ein jeder Bevollmächtigte vollständig und auf einmal über den königlich preussischer Seits vorgelegten Entwurf zum definitif Reglement abstimmen würde.

Es scheint dies selbst erwartet werden zu können, indem man königlich preussischer Seits ebenfalls sich über das Ganze auf einmal erklärt hat. Ich bin daher angewiesen worden, die herzoglich nassauische Abstimmung mit gegenwärtiger Erklärung abzugeben, damit dieselbe in Gemäsheit des Beschlusses vom 24. v. M. in das Separat-Protocoll aufgenommen werde, ähnlichen Erklärungen der übrigen betheiligten Höfe entgegensehend.

NASSAU. Mein höchster Hof erkennt mit Dank das hohe Verdienst, welches der königlich preussische allerhöchste Hof sich um die gesammten Rheinlande erworben hat, indem allerhöchstderselbe einen Rheinschiffahrts - Vertrag proponiren lässt, welcher die Wiener Congress - Beschlüsse in ihrem vollen Umfang wirklich zur Ausführung bringt.

Ich soll daher diesen Entwurf in seiner ganzen Fassung, wie hierdurch geschieht, acceptiren und nur die nachfolgenden wenigen Bemerkungen beifügen, deren Erledigung man herzoglich nassauischer Seits gleichzeitig bedingt:

- ad* §. 5. bedarf es nur der Bemerkung, dass die Wiener Congress-Beschlüsse für die Nebenströme durch besondere Verträge der betreffenden Staaten zur Ausführung und weiteren Ausbildung zu bringen sind. Auch ist in diesem §phen noch der Hafen von Strasburg zu nennen.
- ad* §. 6. Was die Tarif-Ansätze für das Herzogliche Rheinschiffahrts-Amt Caub betrifft, so behält sich der Herzogliche Hof das Recht bevor, gutfindendenfalls künftig noch eine Revision der Ufervermessung zu verlangen.
- ad* §. 10. scheint es lediglich auf Irrthum zu beruhen, wenn daselbst gesagt wird, dass die Bergeinnahme an dem königlich preussischen Rheinzollamt Coblenz ausschliesslich Preussen gehöre, während ein Theil dieser Einnahme für den an der Gemarkung Niederlahnstein vorbeifliessenden Theil des Rheins der Herzoglichen Landessteuer-Casse zufließen wird.
- ad* §. 14. Wenn der hier gebrauchte Ausdruck, dass die Tragbarkeit des Schiffes auf dem Manifest zu bemerken sey, — auf den Fortbestand der dermaligen Aich-Anstalt nicht schon hindeutet, so muss dieses noch ausdrücklich erklärt werden, indem die Schiffsaiche für die Freiheit der Schifffahrt wesentlich ist.
- ad* §. 24. Die Bestimmung in diesem §phen, dass die Abgabengesetze des Landes eintreten sollen, wenn Waaren aus einem Schiff in ein anderes geladen werden; kann in ihrer Allgemeinheit nicht bestehen bleiben, indem sie den freien Strom-Transit beschränken, und namentlich auch die Verbindung der Schifffahrt auf dem Hauptstrom mit seinen Nebenströmen in vielen Fällen unterbrechen würde. Es bedarf also diese Bestimmung einer nähern Erläuterung.
- ad* §. 26. Soll ich die gleiche Berechtigung für alle Staaten, welche ein gemeinschaftliches Mauth-System annehmen, vorbehalten,

jene Schiffe, welche blos Transitgut führen, auf Kosten der öffentlichen Cassen in dem geschlossenen Mauthgebiet durch Aufseher begleiten zu lassen.

ad §. 27. Wird bei der endlichen Vereinbarung als allgemeiner Grundsatz für alle Staaten und Staaten - Vereine nachgegeben werden können, dass Schiffe, welche ausschliesslich mit solchem Gut beladen sind, dass in dem Lande, dessen Grenze sie auf dem Strom berühren, entweder ein- oder ausgeführt wird, an dem Stromgrenzzollamt zur Entrichtung der Ein- und Ausfuhrzölle verpflichtet werden.

Hinsichtlich der Schiffe mit gemischten Ladungen, d. h. solchen, die zum Theil ein- oder ausgeführt, zum Theil aber blos durchgeführt werden, siehet man es herzoglich nassauischer Seits ebenfalls als ein Mittel zur schliesslichen Vereinbarung an, wenn es dem Schiffer, welcher sich nach dem Verlangen und den Aufgaben seiner Committenten zu richten hat, freigestellt wird, ob er seine Ladung an der Grenze der Verification unterwerfen, oder vorziehen wolle, einen Begleiter an Bord zu nehmen.

Ich darf nicht noch besonders berühren, dass diese Concessionen hinsichtlich der Schiffe mit Ein- und Ausfuhr-Artikeln, oder mit gemischter Ladung, blos in der Unterstellung angedeutet werden, dass sie das Mittel zur allgemeinen Vereinbarung werden sollen.

Bis dahin muss es bei den bisherigen Verträgen verbleiben, wonach die Mauth-Beamten von den den Strom befahrenden Schiffen gänzlich entfernt seyn sollen.

ad §. 41. Dieser Paragraph bedarf, nach dem Geiste der §. §. 35 und 37, einer abgeänderten Fassung, indem sonst ein neues Monopol für patentisirte Jachtschiffe begründet, und die Rechte bestehender Anstalten verletzt werden würden.

ad §. 68. behalte ich nach dem Art. 8 der Wiener - Convention bevor, dass der Zollrichter, welchen Seine Herzogliche Durchlaucht zu Caub ernennen, aus der gemeinschaftlichen Einnahme der Rheinzoll - Casse bezahlt werde.

Hier schliesse ich die Reihe der Bemerkungen, welche ich herzoglich nassauischer Seits bei dem Vertrags - Entwurf zu machen habe. Zusätze und Abänderungen, welche dazu dienen, hier und da die Absicht der Dispositionen deutlicher darzustellen; werden im Lauf der Discussion, mit allseitigem Einverständniss, erledigt werden.

Es möchte überflüssig erscheinen, hier noch besonders die Geneigtheit des herzoglichen Hofes auszudrücken, alle Bemerkungen zu dem Vertrags - Entwurf, welche von Seiten anderer Betheiligten Höfe werden gemacht werden, auf eine conciliatorische Weise seiner Seits und so weit es an ihm ist, zu beseitigen. In diese Cathegorie dürfte vorzüglich das Verhältniss der Flussschiffahrt zu der in die See und aus der See gehören, bei welchem die der See näher gelegenen Staaten directer betheiligt erscheinen, als die mehr zurückliegenden. Auch dadurch wird man sich bemühen, dazu beizutragen, dass endlich einmal die wohlthätigen Bestimmungen der Wiener Congress - Beschlüsse über die Rheinschiffahrt zum wahren Besten aller Bewohner des Rheinstromgebiets in das Leben treten mögen.

BADEN. Nimmt die zum 257^e Protocoll der Zentral - Commission abgegebene Erklärung des herzoglich nassauischen Herrn Bevollmächtigten, den königlich preussischen Entwurf eines Definitif Reglements betreffend, vordersamst ad referendum, und bemerkt; dass in Gemäsheit der auf die Vorlage des 235^e Protocolls vom 24. v. M. ihm zugegangenen Instructionen seines höchsten Hofes vorerst die vorbehaltenen näheren Erklärungen von Seiten Preussens und der Niederlande abzuwarten, und zunächst hiervon die wirkliche Angehendung der Separat - Unterhandlung über diesen Entwurf selbst abhängig ist.

BAIERN. In Uebereinstimmung mit der so eben abgegebenen fürtrefflichen Abstimmung des herzoglich nassauischen Herrn Bevollmächtigten finde ich keinen Anstand, meine Bemerkungen im Zusammenhange, über sämtliche §. §. des königlich preussischer Seits vorgelegten Entwurfs, mitzutheilen, im Falle die sämtlichen Herren Bevollmächtigten hierzu eine gleiche Bereitwilligkeit zu erkennen geben werden.

Ich bin nämlich der Meinung, dass *sämmtliche* Eingaben in dieser Beziehung, ohne dass auch nur eine zurückbleiben dürfte, zur Aufstellung jenes General - Vortrags erforderlich seyen, in welchem, nach den Absichten des königlich preussischen Herrn Bevollmächtigten, die einer nähern Erörterung und Vereinbarung bedürftenden Punkte ausgehoben, und zur Discussion gestellt werden sollen.

FRANCE. Le soussigné, en se référant à sa note consignée au 255^e protocole §. 3, attend, avant que d'admettre pour son Gouvernement l'ouverture des discussions sur le Règlement définitif et conséquemment d'un protocole séparé destiné à les recueillir, la réponse que M.^r le Commissaire spécial de Prusse s'est réservé, de produire tant sur le contenu de la dite note, que sur les autres insertions de M. M. ses très honorés collègues, consignées au même procès-verbal.

Le soussigné est néanmoins à même de voter de suite sur la proposition finale de Monsieur le Commissaire de Nassau, concernant la marche à suivre dans la négociation séparée, lorsqu'une fois elle aura pu être entamée, en déclarant, qu'il n'est autorisé à émettre en *tems* et *lieu* son opinion sur le projet de Règlement, qu'article par article, et à mesure que la discussion s'établira sur chacun d'eux.

HESSEN. Durch die von meinem höchsten Hof erhaltene Instruction bin ich zwar angewiesen, bei den bevorstehenden Deliberationen über den königlich preussischen Entwurf eines definitiven Reglements, gelegentlich eines jeden in demselben enthaltenen Artikels, in der

darin beobachteten Ordnung, in solchen deliberando einzugehen; dennoch will ich die Proposition eines allgemeinen Voti über den Inhalt des Entwurfs in Masse ad referendum nehmen, und mir darüber weiters höchste Instruction erbitten.

PAYS-BAS. L'urgence de faire marcher la négociation et de sortir à cette fin du labyrinthe de la question litigieuse, agitée depuis nombre d'années à la Commission centrale, savoir: si d'après le vrai sens de l'art. 51 de l'acte de Vienne, l'abolition de fait des relâches forcées, et l'introduction du nouveau tarif, comme conséquence de la perception partielle, doivent être réalisées par l'Instruction intérimaire, ou si ces points sont réservés au Règlement définitif? a donné lieu à deux propositions en rapport avec la présentation d'un projet de Règlement définitif, faite de la part de la Prusse.

L'une de ces propositions, sur laquelle M. M. les Commissaires de Bade, Bavière, France, Hesse, Nassau et Prusse se rapprochent plus ou moins, a pour objet de laisser in suspenso l'exécution de l'art. 51 de l'acte de Vienne relativement à l'émanation d'une instruction intérimaire, de laisser in suspenso tant ce qui est en litige, que ce qui ne l'est pas et de passer outre, sous la réserve du status quo conventionnel, aux discussions du dit projet de Règlement définitif, sauf à revenir sur l'art. 51 si ces discussions ne menaient pas au but.

L'autre proposition, que le soussigné a taché de faire valoir et qui tire son origine de la note, dont le Gouvernement de Prusse a fait accompagner l'envoi aux cours du projet de Règlement définitif, est, de ne procéder aux discussions de ce projet, qu'après avoir préalablement fait émaner l'instruction intérimaire, voulue par l'art. 51 de l'acte de Vienne, en laissant in suspenso seulement les deux points, qui sont en litige.

La première proposition s'écarte évidemment, et de l'aveu de Monsieur le Commissaire de Nassau (voir son dernier vote au 255^e

Protocole) des stipulations de l'acte de Vienne sur le mode d'activer le nouvel ordre des choses. C'est pour cette raison aussi, qu'elle ne peut jamais être adoptée et exécutée moyennant une conclusion per majora et que le soussigné, en attendant les Instructions ultérieures de sa très haute cour, continue à ne regarder que comme vote collectif de ceux qui y ont concourû, l'avant dernière conclusion per majora au dit 255^e Protocole, en exécution de laquelle M.^r le Commissaire de Nassau vient présenter aujourd'hui son vote sur le projet de Règlement définitif, sans avoir égard, ni à la circonstance, que le point préalable ne se trouve pas encore vuïdé à la satisfaction de Bade, France et Pays-Bas, ni à la dernière conclusion au 255^e protocole concernant l'ad referendum du soussigné.

Dans l'insertion, qui précède, ce même Commissaire émet l'opinion, qu'aussi la seconde proposition (que cependant le 1^{er} alinéa de l'insertion, en parlant de traité particulier etc., n'allègue pas exactement) équivaloit à une proposition hors du traité, attendu que d'après l'interprétation de l'art. 31 de l'acte de Vienne, que le Commissaire des Pays-Bas avait jusqu'ici soutenue, l'abolition de fait des relâches forcées et l'introduction du nouveau tarif, que la proposition veut laisser in suspenso, devaient être réalisés par l'instruction intérimaire.

Le soussigné a l'honneur d'observer, qu'en faisant cette proposition conciliatoire, il a entendû laisser in suspenso la question litigieuse: si, d'après le vrai sens de l'art. 51, l'instruction intérimaire devait, ou ne devait pas réaliser les dits deux points, question, qui selon lui devrait se trouver vuïdée en faveur de l'affirmative, pour pouvoir dire avec fondement, qu'en laissant ces points in suspenso, la disposition du traité, relative à l'Instruction intérimaire serait exécutée partiellement.

Le soussigné est cependant prêt, à retirer la proposition, dès que tous les autres membres de la Commission seront d'accord sur ce, qu'en faisant émaner une Instruction intérimaire, où les dits deux

points seroient laissés in suspenso, la disposition du traité y relative ne serait exécutée, que partiellement et incomplètement, et s'empres-
sera à concourir à la confection d'une Instruction intérimaire, qui
remplira complètement la dite disposition dans le sens de l'affirmative
ci-dessus, qui sera alors généralement reconnu être le vrai sens de
l'art. 31 de l'acte de Vienne.

Ce n'est qu'après que le point préalable, concernant l'art. 31 de
l'acte de Vienne, aura été vuide à la satisfaction de tous les États rive-
rains, que le soussigné pourra admettre, pour son Gouvernement,
l'ouverture des discussions sur le projet de Règlement définitif, et qu'il
y prendra part, en votant sur le dit projet article par article.

NASSAU. Hält das Protocoll sich offen, in Erwartung der weitem
Erklärung des königlich niederländischen Herrn Bevollmächtigten, da
derselbe, seiner Versicherung gemäss, weiterer Instruction von Seiten
seines allerhöchsten Hofes entgegen sieht.

259tes Protocoll vom 4. September 1822.

§. 1.

PAYS-BAS. Le Commissaire de S. M. le Roi des Pays-Bas est
chargé, de la part de sa très haute cour, de déclarer au protocole
ce qui suit:

L'art. 31 de l'acte de Vienne du 24. Mars 1815, concernant la
navigation du Rhin, et faisant partie intégrante de l'acte final du con-
grès de Vienne du 9. Juin même année, auquel il se trouve incorporé
sous l'art. 117, a stipulé:

que jusqu'à la confection et sanction du nouveau règlement la
convention du 15. Août 1804 soit suivie, en indiquant toute
fois succinctement, lesquels de ses articles se trouvent déjà sup-
primés par les dispositions actuelles (de l'acte de Vienne) et

quelles nouvelles dispositions il faut déjà à présent y substituer; que cette disposition doit recevoir son exécution moyennant une instruction intérimaire, à faire émaner au nom de tous les États riverains.

Cette stipulation, en établissant des obligations, que la Commission centrale ne peut pas se dispenser de remplir, sans porter atteinte à l'acte final du congrès de Vienne, régulateur de tant d'intérêts du premier ordre, établit aussi le droit incontestable, que le Gouvernement des Pays-Bas a, d'insister, comme il a insisté, à demander, qu'il soit satisfait aux dites obligations, avant que de s'engager dans les discussions du projet de règlement définitif, qui a été présenté de la part de la Prusse.

Le gouvernement des Pays-Bas pouvait d'autant plus se prévaloir de son droit, acquis à cet égard, que, de son côté, il avait pris, dans le cours des négociations à Vienne, l'engagement réciproque de ne pas hausser, jusqu'à l'arrangement définitif sur la navigation, ses droits de péage, ni d'introduire aucun droit de relâche forcée

(6^e conférence du comité du congrès pour la libre navigation des rivières) qu'aussi de la part des États riverains du Rhin on s'est prévalu, dans le cours des négociations à Mayence, du droit acquis par suite de cet engagement, pour demander au Gouvernement des Pays-Bas la réduction de son tarif des droits de péage au taux, où il était à l'époque de la conclusion de l'acte de Vienne, et que cette demande a été franchement accordée.

A la vérité, la Commission centrale a fait pendant près de six ans tous les efforts possibles, pour remplir les obligations imposées par le dit art. 31 et si malheureusement ces efforts ont été jusqu'ici infructueux, c'est qu'on ne pouvait pas tomber d'accord sur la question de savoir: si l'abolition de fait des relâches forcées de Cologne et de Mayence, et l'introduction d'un nouveau tarif, comme conséquence de

l'introduction de la perception partielle, devaient faire partie ou non des suppressions, à indiquer dès à présent dans la convention du 15. Août 1804, et des nouvelles dispositions, à y substituer, au vœu de l'article en question de l'acte de Vienne. Quel parti resta-t-il à la Commission centrale à prendre, pour sortir du labyrinthe de ce litige, faire avancer la négociation, et arriver à la discussion du projet de règlement définitif, sans prendre recours à la voie de l'interprétation, et sans devier du mode d'activer le nouvel ordre des choses, prescrit par l'acte de Vienne?

Le Gouvernement des Pays-Bas a été, et est encore d'opinion, qu'à cet effet il falloit laisser in suspenso, dans l'exécution de l'art. 51 en question, ce qui avoit été révoqué en doute, mais accomplir scrupuleusement le reste non douteux des obligations imposées par cet article, et l'accomplir dans la forme solennelle prescrite, en d'autres termes, qu'il falloit, en laissant in suspenso les points de l'abolition de fait des rêlaches forcées, et de l'introduction d'un nouveau tarif, ordonner de suivre jusqu'à la confection et sanction du règlement définitif, la convention du 15. Août 1804, avec indication succincte des changemens, sur lesquels la Commission centrale s'était accordée, tels que ceux, qui font l'objet de son publicandum du 10. Octobre 1817 etc., et faire émaner à cet effet une instruction intérimaire au nom de tous les États riverains.

Le Gouvernement des Pays-Bas a pensé, qu'on devait d'autant moins abandonner l'observation de cette forme prescrite, que l'expérience avait fait voir l'insuffisance des réclamations et réserves faites de la part de la Commission centrale, en vue du maintien du status quo conventionnel, qui a éprouvé des détériorations.

Cependant le procès-verbal de la Commission centrale du 24. Juillet dernier N.º 255 fait voir, que du côté des États riverains, on est prêt à entamer les discussions du projet d'un règlement définitif:

- a) sur la promesse, de la part de la Prusse, de maintenir durant ces discussions, à charge de réciprocité, le status quo actuel.
- b) dans la supposition, de la part des autres riverains, que le status quo actuel serait identifié avec le status quo conventionnel, en faisant disparaître, du côté de la Prusse, les déviations, qui ont eu lieu par rapport au dernier
- c) sous la réserve enfin, avouée par la Prusse, de faire valoir les droits profluans de l'art. 31 de l'acte de Vienne, laissés in suspenso, si, contre toute attente, les discussions du projet de règlement définitif, dont il s'agit, n'auroient pas le résultat désiré.

Si l'on a bien compris le sens de ces promesse, supposition et réserve et si de la part de la Prusse, comme on a tout lieu de l'espérer, on se sera déclaré prêt, à réaliser la supposition sub Litt. B, il en résulterait en résumé :

que le status quo conventionnel, dit de la convention du 15. Août 1804 — tel qu'il a existé à l'époque de la conclusion de l'acte de Vienne, sera maintenu jusqu'à l'entrée en vigueur du nouveau règlement définitif, sauf les changemens, qui depuis ont été le résultat d'un commun accord de la Commission centrale, et sous la réserve, pour le cas de non-réussite des discussions du projet de règlement définitif, présenté de la part de la Prusse, de reprendre et faire valoir le droit laissé in suspenso, que peut donner l'art. 51 de l'acte de Vienne, d'effectuer des changemens ultérieurs.

Si tel est effectivement, en substance, le sens des déclarations éparses, qu'on rencontre au susdit procès-verbal de la Commission centrale, et que la supposition B. aura fait place à une déclaration affirmative de la part de la Prusse; le préalable voulu par le dit art. 31 peut, quant au fond, être regardé comme vidé à la question litigieuse près, dont est fait mention plus haut; mais il n'en est pas de même, pour ce qui concerne la forme.

Cependant, pour donner une nouvelle preuve de son désir, de contribuer à une prompt terminaison de l'affaire du Rhin, le Gouvernement des Pays-Bas, cédant au désir unanime des six États riverains, a autorisé, son Commissaire, à laisser in suspens le droit, que lui donne l'art. 51, d'insister sur l'observation de la forme prescrite, moyennant l'émanation d'une Instruction intérimaire au nom de tous les États riverains, sans que cette condescendance puisse tirer à conséquence pour l'avenir, et dans la supposition, que chaque État riverain donnera les instructions nécessaires, à qui il appartiendra *pour*, et tiendra la main à l'exact accomplissement de ses engagements pour la durée de l'état intérimaire, se réservant, dans le cas contraire, de reprendre et faire valoir son dit droit en quel état, que les négociations sur le règlement définitif pourroient se trouver.

Le Commissaire des Pays-Bas n'attend donc, pour prendre immédiatement part aux discussions du projet de règlement définitif, qu'une déclaration collective de la part de tous les États riverains dans le sens du résumé ci-dessus, précédée ou accompagnée d'une déclaration de la part de la Prusse, qui accepte de rétablir le status quo conventionnel, en tant qu'il se trouve altéré sur sa partie du Rhin sans commun accord.

Il termine par l'observation, que le moyen de concilier ce rétablissement du status quo conventionnel avec le besoin de surveillance des douanes prussiennes, pourroit peut-être se trouver dans l'adoption de la mesure, de faire accompagner les batimens de guides, sans frais pour les bateliers, et à l'exclusion de la visite matérielle en route, qui a fait l'objet des réclamations de la Commission centrale, consignées aux 210, 215, 217, 226, 233 et 239^e protocoles.

C O N C L U S U M.

Die Zentral - Commission verdankt dem königlich niederländischen Herrn Bevollmächtigten die schnelle Antwort, welche zu geben Derselbe sich im Protocoll vom 24. Juli a. c. vorbehalten hat.

Der königlich niederländische Herr Bevollmächtigte erwartet nach dieser Erklärung, um unmittelbar an den Discussionen des Entwurfs zum definitiven Reglement Theil nehmen zu können, eine Gesamt-Declaration von Seiten aller Mit-Uferstaaten im Sinne seiner Zusammenstellung nach vorhergegangener oder mit begleitender Zusage von Seiten Preussens, den conventionnellen Status quo, in so fern derselbe auf seinem Rheinthelle, ohne gemeinschaftliches Einverständniss, verändert worden, wieder herzustellen.

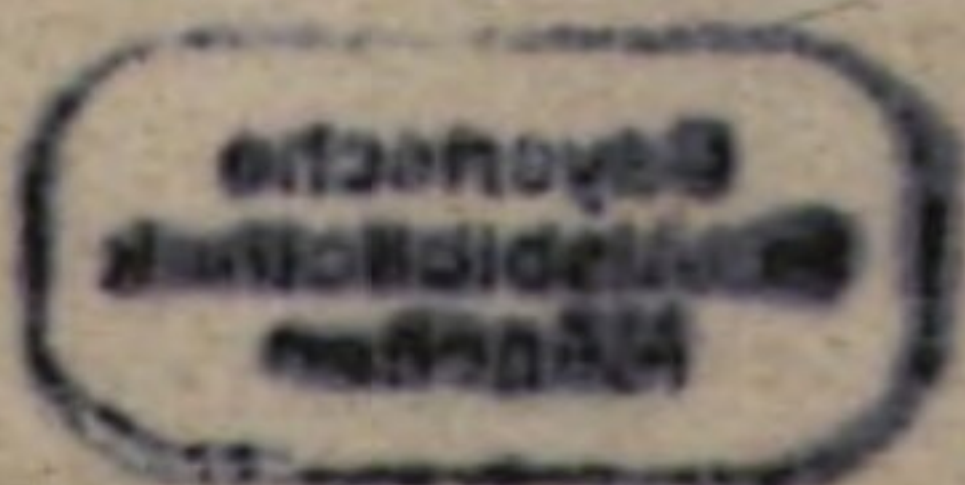
Da hierzu die Anwesenheit des königlich preussischen Herrn Regierungs-Chef-Präsidenten *Delius* erforderlich ist, so wird der königlich preussische Herr Präsident *Jacobi* ersucht, demselben von der königlich niederländischen Antwort, Nachricht zu geben, und den gemeinschaftlichen Wunsch der Zentral-Commission beizufügen, den Herrn Regierungs-Chef-Präsident *Delius*, als Theilhaber ihrer gemeinschaftlichen Berathungen, baldmöglichst in ihrer Mitte zu sehen.

PREUSSEN. Die Beförderung des heutigen Protocolls wird ohne Zeitverlust Platz greifen.

266tes Protocoll vom 11. Dezember 1822.

§. 1.

Da der Herr Regierungs - Chef - Präsident *Delius*, königlich preussischer Bevollmächtigter für die Erörterungen über das definitive Reglement, nach der Sitzung vom 24. Juli d. J. Mainz verlassen, und immittelst keine Nachricht von sich gegeben hat, in der Zwischenzeit aber die von demselben einzuholenden Instructionen seines allerhöchsten Hofes ohne Zweifel angelangt seyn können, so siehet die Zentral-Commission, auf den Grund der Instructionen ihrer höchsten Committenten, sich veranlasst, den königlich preussischen Bevollmächtigten, Herrn Präsidenten *Jacobi*, hierdurch zu ersuchen,



gefällig zu veranlassen, dass der Zentral - Commission eine beruhigende Zusicherung wegen Wiedereröffnung und ungestörter Fortsetzung der Verhandlungen über das definitive Reglement zukomme.

PREUSSEN. Ich kann meinen verehrtesten Herrn Collegen die Versicherung geben, dass Herr Regierungs - Chef - Präsident *Delius* nächster Tagen nach Mainz zurückkommen wird, um die Conferenzen über den Entwurf zum definitiven Reglement fortzusetzen.

Beiträge zur Kenntniss und Beförderung des Handels und der Schiff-Fahrt

Bd.: 3. 1823, H. 5 - 6

Mainz 1823

4 Merc. 705 h-3,1/6

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10228033-0